

Ein Text von Bischof Kurt Krenn Seite 23

Antifa will die Kirchen abfackeln Seite 11



Römisch-Katholisch
28. Jg./ Nr. 2
13. Februar 2012
Preis: 2,2 Euro (A);
2,2 Euro (D); sfr 4 (CH)



*Papst **Benedikt XVI.** hat am 15. Februar den 30. Jahrestag seiner Ankunft in Rom begangen. Dort bereitete er seinen Amtsantritt als Präfekt*

30 Jahre in Rom

der Glaubenskongregation vor; der am 1. März 1982 erfolgte. Der nunmehrige Papst lebt mittlerweile drei Jahrzehnte in der Ewigen Stadt. Sein altes Appartement am Borgo Pio steht seit seiner Wahl zum Papst vor bald sieben Jahren leer.

***Benedikt XVI.** wird am 16. April 85 Jahre alt. Vatikansprecher **Federico Lombardi** wies alle Spekulationen um einen möglichen altersbedingten päpstlichen Amtsverzicht zurück.*

*In zwei Monaten wird Papst **Benedikt XVI.** 85 Jahre alt. Innerkirchlicher Sturm umtost ihn von allen Seiten. Beten wir für ihn!
Foto: Archiv „Der 13.“*

Kardinal kritisiert Enthüllungs-Berichte

Als „schlechten Stil“ und als „unverantwortlich“ hat der deutsche Kardinal **Walter Kasper** Indiskretionen an der römischen Kurie bezeichnet.

„Ich weiß nicht, ob ein Machtkampf dahintersteckt“, sagte **Kasper** in einem Interview mit der Tageszeitung „Corriere della Sera“ am 13. Februar. Möglicherweise wolle jemand damit Kardinalstaatssekretär **Tarcisio Bertone** schaden. In jedem Fall beschä-

dige dies das Ansehen der Kirche und stifte Verwirrung unter den Gläubigen.

Der Vorgang zeuge von einem fehlenden Bewußtsein von Kirchlichkeit, sagte **Kasper**, der von 2001 bis 2010 den päpstlichen Ökumene-Rat leitete. Wer unzufrieden sei oder sich schlecht behandelt fühle, solle das den Betreffenden mitteilen. Anonym Informationen an Medien weiterzugeben, sei keine angemessene Form der Kritik, so der

Kardinal. In den vergangenen Wochen hatten italienische Medien angebliche Geheimdokumente aus dem Vatikan veröffentlicht.

Kasper sagte im Interview: „Mir tut es für den Papst sehr leid. Er muß traurig sein, zu sehen, wie man das zu zerstören versucht, was er aufgebaut hat.“ Er, **Kasper**, habe in seiner Amtszeit versucht, seine Arbeit zu tun, ohne sich um Seilschaften in der Kurie zu kümmern. Ebenso habe **Jo-**

seph Ratzinger als Präfekt der Glaubenskongregation seinen Dienst für die Kirche geleistet und sich nicht in interne Streitigkeiten eingemischt. „Das ist eine Frage der Würde“, sagte **Kasper**. Lesen Sie weiter auf S.2/3.

Diese Ausgabe des „13.“ wurde am 16. Februar 2012 gedruckt und in Österreich am 17. Februar ausgeliefert. Für die deutschen Abonnenten erfolgte die Anlieferung zur Post in Wegscheid ebenfalls am 17. Februar 2012.

In der vergangenen Ausgabe betrachteten wir die Worte, die JESUS am Abend vor seinem Leiden gesprochen hat: „Nehmet hin und esset. Das ist MEIN LEIB.“ – Und über den Kelch: „Das ist MEIN BLUT.“ – Und: „Tut dies zu MEINEM Gedächtnis!“ Diese Worte können uns dem Geheimnis der Heiligen Messe näher bringen.

Andenken und Gedächtnis

Aus dem Vermächtnis von
P. Fridolin Außersdorfer OFM

Es ist leider so, daß durch Übersetzungen ins Deutsche der ursprüngliche Sinn oft verwischt wird. Landläufige Übersetzungen der Heiligen Schrift sprechen hier von „Andenken“: „Tut dies zu meinem Andenken.“ – Es ist klar, daß darunter nicht das gemeint sein kann, was man im Alltag unter Andenken versteht. Es gibt auch Übersetzer, die Lk 22,20 mit „Gedächtnis“ übersetzen: „Tut dies zu meinem Gedächtnis.“ – Auch in der heiligen Liturgie hören wir Tag für Tag: „Bevor wir das Gedächtnis des HERRN begehen, wollen wir uns besinnen.“ Aber auch mit dieser Übersetzung können wir nicht zufrieden sein. Denn nicht wenige sind versucht, die Eucharistiefeyer nur als eine Feier zu verstehen, bei der man an etwas Vergangenes denkt. Gehen wir tiefer. Stellen wir die Frage: Welches Wort hat JESUS gebraucht? In der griechischen Sprache, die von der Urgemeinde verstanden worden ist, steht das Wort *Anamnesis*, „Anamnese“: „Tut dies zu meiner Anamnese!“

Was heißt nun *Anamnese*? – Was hat man ursprünglich darunter verstanden? Nach dem Hinscheiden eines Angehörigen haben sich die Verwandten und Freunde nach einer gewissen Reihe von Tagen wieder versammelt, betend, an den lieben Hingeschiedenen denkend. Und waren dabei überzeugt, daß der Hingeschiedene in solchen Feiern mitten unter ihnen sei. – *Anamnese* war also eine Gedächtnisfeier, während der die Person, derer gedacht wurde, persönlich und wirklich den Angehörigen wieder ganz nahe war – nach dem Glauben und der Überzeugung der damals lebenden Menschen.

Wenn JESUS am Abend vor SEINEM Leiden in tiefer Ergriffenheit zu seinen Jüngern die Worte sprach: „Tut das zu MEINER Anamnese“ – dann haben es alle Anwesenden so verstanden: Wenn ihr zusammenkommt, gemeinsam betet und – an MICH denkend – das tut, was ich jetzt getan habe, dann werde ICH wieder in eurer Mitte sein, so wie ICH jetzt in eurer Mitte bin.

Vatikan verweist Enthüllungs

Mordkomplott gegen den Papst?

In jüngster Zeit werden immer wieder vatikaninterne Schriftstücke den Medien zugespielt. Das deutet darauf hin, daß es interne Machtkämpfe im Staatssekretariat geben könnte.

Die neueste Meldung: Während einer Chinareise im November soll der sizilianische Kardinal **Paolo Romeo**, ehemaliger Diplomat in

vatikanischen Diensten, ein Mordkomplott gegen den Papst vorhergesagt haben. Das schreibt die Tageszeitung „Il Fatto Quotidiano“ am 13. Februar. Binnen 12 Monaten solle **Benedikt XVI.** demnach einen Nachfolger erhalten – den Mailänder Kardinal **Angelo Scola**. Und **Benedikt XVI.** selbst baue ihn bereits zum näch-

story in Bereich der Phantasie

sten Papst auf. Derzeit bilde er, **Romeo**, zusammen mit **Scola** und dem Papst eine kirchliche Führungstroika.

Man verfüge über ein anonymes, auf Deutsch verfasstes Schreiben mit Datum 30. Dezember 2011, schrieb das Blatt. Es sei Anfang Januar vom kolumbianischen Kardinal **Dario Castrillon Hoyos**, der gut Deutsch

spricht, im vatikanischen Staatssekretariat überbracht worden. **Hoyos** habe empfohlen, die Chinareise und die Gesprächspartner von Kardinal **Romeo** in China zu überprüfen.

Vatikankreise werten den Inhalt des angeblichen Donarums als völlig zusammenhanglos, widersprüchlich und unsinnig.

Fanden Archäologen nun ein Apostelgrab?

Eine internationale Archäologengruppe will das Grab des Apostels **Philippus** in der Türkei identifiziert haben. Die Ruhestätte eines der zwölf engsten Jünger Jesu befindet sich in Hierapolis bei Pamukkale im Südwesten des Landes.

Das Forscherteam habe unter der Philippuskirche aus dem 5. Jahrhundert eine zweite Kirche entdeckt, die um ein römisches Grab aus dem 1. Jahrhundert herum errichtet worden sei, erklär-

te der Leiter der Kampagne, der Archäologe **Francesco D'Andria** von der italienischen Universität Salento.

An den Ausgrabungen hatte dem Bericht zufolge ein Team von 65 Italienern sowie französischen, deutschen und norwegischen Forschern teilgenommen. Der Apostel **Philippus** soll um das Jahr 80 im Gebiet der heutigen Ukraine der Märtyrertod erlitten haben. Eine andere Überlieferung verweist auf die Südwesttürkei.

Priester brauchen solide Ausbildung

Priester sollten nach den Worten von Papst **Benedikt XVI.** über eine solide kulturelle und wissenschaftliche Bildung verfügen.

Theologiestudenten und junge Geistliche müssen Glaube und Vernunft miteinander in Einklang bringen.

Benedikt XVI. hob hervor, daß eine tiefe Spiritualität und eine intensive Bezie-

hung zu GOTT die Grundlage für jede Priesterausbildung sind. Diese müssen auf der persönlichen und auf der gemeinschaftlichen Ebene gepflegt werden. Besondere Aufmerksamkeit muß der Feier der Gottesdienste und den Sakramenten gelten. Asketische Übungen sollen fester Bestandteil der Priesterausbildung sein.

Informationsportal hat täglich 10.000 Aufrufe

Das vatikanische Informationsportal im Internet „News.va“ verzeichnet gut ein halbes Jahr nach seiner Freischaltung durchschnittlich 8.000 bis 10.000 Aufrufe am Tag. Über das Portal sind unter anderem Meldungen und Berichte des „Osservatore Romano“ und von Radio Vatikan sowie Videos des vatikanischen Fernse-

hens CTV abrufbar. Die offizielle Internetseite des Vatikans „www.vatican.va“ verzeichnet täglich etwa drei Millionen Aufrufe. Der größte Teil der Besucher von „News.va“ kommt mit 27 Prozent aus den Vereinigten Staaten. In Europa werden die Seiten am häufigsten von Italienern und Deutschen aufgerufen.

Die Arbeit an der römischen Rota

An der römischen Rota, dem zweithöchsten Gerichtshof der katholischen Kirche, sind gegenwärtig 1.080 Verfahren zur Eheannullierung anhängig. Insgesamt verzeichnet das Gericht demnach derzeit 1.115 laufende Prozesse. 276 Prozesse wurden im vergangenen Jahr abgeschlossen, 162 durch ein Urteil, 114 durch ein Dekret. Die römische Rota ist einer der drei an der römischen Kurie angesiedelten Gerichtshöfe für die

Weltkirche. Sie ist die letzte Instanz für Ehenichtigkeitsverfahren. Der größte Teil dieser Prozesse wird in der Diözesan- und Metropolitan-Gerichten geführt.

Fehlende Einheit

Die fehlende Einheit der Christen gefährdet nach Papst **Benedikt XVI.** die Glaubwürdigkeit des Christentums insgesamt. Wenn alle Christen gemeinsam das Evangelium JESU verkündeten, wäre man erfolgreicher.

Liebe Leserin, lieber Leser!

In diesen Tagen weht wieder heftiger Wind um Papst **Benedikt XVI.** Sie lesen in dieser Ausgabe von Indiskretionen im Vatikan, einem Machtkampf innerhalb der Kirche und sogar von einem angeblichen Mordkomplott gegen den Heiligen Vater (Seiten 1-3). Kurz vor Redaktionsschluss dieser Ausgabe mußte Vatikansprecher **Federico Lombardi** Spekulationen um einen Rücktritt des Papstes zurückweisen.


Der Vatikansprecher reagierte auf die Aussage des norditalienischen Bischofs **Luigi Bettazzi**, der von der Möglichkeit des Rücktritts von **Benedikt XVI.** in einem Interview gesprochen hatte. Der 88jährige Bischof war bis 1999 Oberhirte von Ivrea und war lange Jahre Vorsitzender der Friedensbewegung „Pax Christi“ gewesen. Zu all dem ist nach Meinung der Redaktion des „13.“ zu sagen, was der Papst selbst sagte: Ein Papst darf angesichts von Gefahren oder Schwierigkeiten nicht davonlaufen, sondern muß auch in schwierigen Situationen standhaft bleiben. Beten wir für den Heiligen Vater!

Als wichtige Information sehen wir den Vorstoß junger Unionsabgeordneter in Deutschland zu einer Sonderabgabe für Kinderlose an. Es gibt erfreulich viel Zustimmung von Wirtschaftsexperten. Wir geben der bayerischen Familienministerin **Christine Haderthauer** recht. Die CSU-Politikerin sagte der „Welt“: „Wir müssen wieder in eine Gesellschaft hineinwachsen, in der es nicht völlig egal ist, wie man lebt.“ Die jungen Unionsabgeordneten hatten vorgeschlagen, daß Kinderlose einen Beitrag zur Stabilisierung der Pflege- und Krankenversicherung aufbringen sollten.

In dieser Ausgabe finden Sie wieder eine Fülle von interessanten Meldungen, Informationen, Kommentaren und Leserbriefen. Auch diesmal müssen wir Ihnen für Ihr intensives Mitdenken und Ihre Mitarbeit danken. Wir bitten Sie, in Ihren Mitteilungen immer auch eine Telefonnummer anzugeben, unter der wir Sie erreichen können. Dadurch wäre ein Kontakt schneller möglich.

Zur Verhandlung am 6. Februar im Landesgericht Linz können wir Ihnen mitteilen, daß zwischen dem Kläger und uns Übereinstimmung besteht, daß man das Vorliegen der Urteilsausfertigung im medienrechtlichen Verfahren abwartet. Danach wird, wie die Richter in im Protokoll festhielt, ein Termin zur mündlichen Verhandlung im Zivilverfahren ausgeschrieben, „sodass in dieser Verhandlung ein Vergleich abgeschlossen werden kann, nachdem die Positionen sich doch weitgehend angenähert haben.“

Mit diesem positiven Aspekt grüßen wir Sie in tiefer Verbundenheit und Dankbarkeit aus dem momentan tiefwinterlichen Kleinzell:

Friedrich Engelmann 

Papst will „tiefgreifende Erneuerung“

Mißbrauch ist Thema in Rom

Die Sorge um die Opfer von Kindesmißbrauch muß nach Worten von Papst Benedikt XVI. ein Hauptanliegen der katholischen Kirche sein. Sie habe einherzugehen mit einer „tiefgreifenden Erneuerung der Kirche auf allen Ebenen“, betonte er in einem Grußwort an einen internationalen Kongreß zum Umgang mit sexuellem Mißbrauch, der am 6. Februar in der Päpstlichen Universität Gregoriana in Rom eröffnet wurde. Die katholische Erschütterung war weltweit.

In der gesamten Kirche sei eine „wirksame Kultur von Schutzmaßnahmen und Opferunterstützung“ zu fördern, erklärte der Papst in dem von Kardinalsstaatssekretär Tarcio Bertone unterzeichneten Schreiben.

Mißbrauchte sprach

An der dreitägigen Konferenz mit dem Titel „Auf dem Weg zur Heilung und Erneuerung“ nahmen 220 Vertreter von 110 nationalen Bischofskonferenzen sowie 34 Ordensoberen teil.

Mit dem Bericht eines Mißbrauchsoffiziers vor den mehr als 200 katholischen Kardinäle, Bischöfen und Ordensoberen wurde am 7.

Februar in Rom die internationale Mißbrauchskonferenz fortgesetzt. Die Irin Marie Collins sagte, sie wünsche sich von der Kirche eine konsequente Haltung beim Kinderschutz und im Umgang mit den Tätern. Collins war im Alter von 13 Jahren während eines Krankenhausaufenthaltes von einem Geistlichen sexuell mißbraucht worden.

Richtlinien

Die Richtlinien, die die Bischofskonferenzen weltweit derzeit erstellten, dürften „nicht nur auf dem Papier stehen“, so Collins. Für Bischöfe, die diese nicht befolgten, müsse es Konsequenzen geben. Auch dürfen in der Vergangenheit liegende Mißbrauchsfälle nicht gegenüber jüngeren Taten banalisiert werden. Collins verwies darauf, daß der Täter, der sich an ihr vergangen habe, noch 25 Jahre später Kindern mißbraucht habe.

Damit eine Heilung möglich sei, müsse die Kirche den Opfern zuhören und Glauben schenken, forderte Collins.

Bis zum Mai dieses Jahres müssen alle Bischofskonferenzen eigene Richtlinien für den Umgang mit sexuellem Mißbrauch veröffentlicht haben.

Diese Frist hatte die vatikanische Glaubenskongregation in einem Rundschreiben im vergangenen Mai gesetzt. Zu diesem Zeitpunkt

waren jene Ortskirchen, die eigene Vorgaben veröffentlicht hatten, noch die Ausnahme. Nicht nur in Afrika und Asien gibt es auf diesem Feld noch einiges zu tun, auch die Italienische Bischofskonferenz hat bislang noch keine Richtlinien veröffentlicht.

spirituelle Hilfe von der Kirche.

Keine Vertuschung!

Der Vatikanbeauftragte für die Ahndung von Mißbrauchsfällen, Charles Scicluna, hat sich nach der Tagung am 8. Februar scharf gegen Vertuschung von Mißbrauchsfällen in der Kirche gewandt. Wer solche Fälle nicht melde, sei ein „Feind

punkt waren jene Ortskirchen, die eigene Vorgaben veröffentlicht hatten, noch die Ausnahme.

Nicht nur in Afrika und Asien gibt es auf diesem Feld noch einiges zu tun, auch die Italienische Bischofskonferenz hat bislang noch keine Richtlinien veröffentlicht.

der Gerechtigkeit und damit der Kirche“, sagte Scicluna. Immer noch gebe es eine „Kultur des Schweigens“ in der Kirche.

US-Bistümer sind schon zahlungsunfähig

Beim Thema „Mißbrauch“ geht es (letztlich auch) um viel Geld. Beispiel sind viele Diözesen der USA.

Mehr als 550 Personen haben wegen sexuellen Mißbrauchs Entschädigungsforderungen gegen das insolvente katholische Erzbistum Milwaukee eingereicht. Es handelt sich um die höchste Anzahl von Forderungen unter den

bislang acht zahlungsunfähigen US-Bistümern. So ist die Information einer US-Zeitung. Milwaukee hatte nach Zahlungen von mehr als 30 Millionen Dollar (Tageskurs 23 Millionen Euro) an Mißbrauchsoffer im vergangenen Jahr Gläubigerschutz beantragt. Am 1. Februar lief die Frist ab, bis zu der sich Anspruchsberechtigte melden konnten.

Die Forderungen gegen

das Erzbistum summieren sich (laut einer US-Zeitung) auf 103,4 Millionen Dollar (78,9 Millionen Euro). Hinzu kämen Ansprüche von Firmen, Steuerbehörden und kirchlichen Einrichtungen wie Pensionsfonds für Priester und Angestellte mit insgesamt 70,4 Millionen Dollar (53,7 Millionen Euro).

Der Rechtsvertreter auf Opferseite, James Stang, nannte die eingereichten

Forderungen „die Spitze des Eisbergs“.

Bistumssprecher Jerry Topczewski sagte, Erzbischof Jerome Listcki werde Forderungen widersprechen, die nicht durch das Insolvenzrecht gedeckt seien. Die Kirche habe beantragt, einen Therapiefonds über 300.000 Dollar für solche Opfer einzurichten zu dürfen, deren Fälle nicht berücksichtigt würden.

Die weltweite Militarisierung

Der Nahe und Mittlere Osten sind die weltweit am höchsten militarisierten Regionen. Das geht aus dem Globalen Militarisierungsindex (GMI) hervor, den das Internationale Konversionszentrum Bonn (BICC) in Bonn veröffentlichte.

Fünf der ersten zehn Länder des GMI sind nach Angaben der Wissenschaftler im Nahen und Mittleren Osten zu finden: Israel (Rang 1), Syrien (Rang 3), Jordanien (Rang 5), Kuwait (Rang 8) und Saudi-Arabien (Rang 10). Der Militarisierungsgrad Deutschlands ist seit der Wiedervereinigung mehr oder weniger gleichmäßig

von Platz 36 im Jahr 1991 auf Rang 73 im Jahr 2009 und Rang 81 im Jahr 2010 gesunken. Der Index definiert den Militarisierungsgrad von 149 Ländern unter anderem dadurch, wie sich die Militärausgaben zum Bruttoinlandsprodukt oder zu anderen gesellschaftlichen Bereichen wie der medizinischen Versorgung verhalten. Fast

alle Länder des Nahen und Mittleren Ostens rangieren innerhalb der ersten 40 Plätze des GMI, Iran nimmt den 32. Platz ein. Aus Afrika sowie Mittel- und Südamerika gehört kein Land in die Spitzenzone.

Rang 2 in der Liste hat Singapur, Rußland liegt auf dem 4. Platz, Zypern, Südkorea, folgen auf Rang 6 und 7. Auch wenn die USA Platz 30 einnehmen, steht ihr Militärbudget mit 687 Milliarden US-Dollar weiter weltweit an einsamer Spitze.

Lourdes wird modernisiert

Im südfranzösischen Wallfahrtsort Lourdes wird es bald einen neuen Standort für die Becken geben, in denen Pilger in das Quellwasser der Grotte tauchen können. Fünf Architekturbüros wurden aufgefordert, Entwürfe zu unterbreiten. Die gegenwärtigen Betonbauten mit 17 Becken in Verlängerung der Grotte der Marienerscheinungen stammen aus den 1950er Jahren. Sie werden von jährlich rund 400.000 Pilgern genutzt, die

würfe zu unterbreiten. Die gegenwärtigen Betonbauten mit 17 Becken in Verlängerung der Grotte der Marienerscheinungen stammen aus den 1950er Jahren. Sie werden von jährlich rund 400.000 Pilgern genutzt, die

an eine Heilkraft des Wassers glauben. Die Arbeiten sollten bis spätestens 2015 abgeschlossen sein. Die Kosten der Arbeiten werden auf vier Millionen Euro geschätzt. Die Summe soll durch Spenden aufgebracht werden.

Frankreich erhält ersten muslimischen Friedhof

In Frankreich gibt es künftig erstmals einen öffentlichen Friedhof ausschließlich für Muslime.

Zwar bestehen schon jetzt auf den Gräberfeldern öffentlicher Friedhöfe etlicher Kommunen muslimische Abteilungen. Der neue Friedhof in Straßburg, der am 6. Februar eröffnet wurde, ist aber der erste ausschließlich muslimische Friedhof des Landes. Die elsässische Metropole hat 800.000 Euro aufgewendet, um das 1,5 Hektar große Gelände herzustellen, das an einen anderen Friedhof im Süden Straßburgs angrenzt. Für die rituelle Waschung des Leich-

nams durch die Hinterbliebenen, die mit muslimischen Beerdigungsfeiern verbunden ist, wurden die nötigen Einrichtungen geschaffen.

KURZ & BÜNDIG

Benedikt XVI. hat sich gegen eine positivistische Sichtweise des Kirchenrechts gewandt und eine stärkere Berücksichtigung der kirchlichen Wirklichkeit für die Auslegung gefordert. Die kanonischen Vorschriften müßten mit Blick auf die Kirche und ihren Auftrag ausgelegt werden.

PERSONALIA

Für das Bistum Rom wurden neue Weihbischöfe ernannt: Vizeregent des Vikariats Rom wurde der Karmelit **Filippo Iannone** (54), der bislang Bischof von Sora in Latium war. Ihm verlieh der Papst zugleich den Titel eines Erzbischofs. Zu weiteren Weihbischöfen wurden die Diözesanpriester **Matteo Maria Zuppi** (56) und **Lorenzo Leuzzi** (56) ernannt.

Francesco Moraglia (58), bislang Bischof im norditalienischen La Spezia, ist zum neuen Patriarchen von Venedig ernannt worden. Er ist Nachfolger von Kardinal **Angelo Scola**, der im vergangenen Juni als Erzbischof nach Mailand wechselte. Als Patriarch der Lagunenstadt wird **Moraglia** auch Kardinal.

Julio Murat (50), bislang Nuntiaterrat, der unter anderem an der päpstlichen Botschaft in Österreich beschäftigt war, wurde zum Apostolischen Nuntius in Sambia ernannt. Zugleich ernannte der Papst die Nuntiaterräte **Santo Gangemi** (50) und **Luciano Russo** (48) zu Nuntien. Sie wurden zugleich in den für Botschafter üblichen Rang eines Erzbischofs erhoben.

Hans-Peter Fischer (50), Priester und seit 2010 Rektor des Päpstlichen Kollegs Campo Santo im Vatikan, übernimmt zum 1. April zusätzlich die Leitung des Deutschen Pilgerzentrums in Rom.

Diskussion findet kein Ende

Die Diskussion um den Weltbild-Verlag geht weiter. Das umsatzstarke Unternehmen ist (wie in der vergangenen Ausgabe ausführlich berichtet) von allen Seiten in die Kritik gekommen: der große katholische Verlag hatte nämlich auch mit Pornos und Esoterik Geschäfte gemacht. Ausgeredet hatte man sich damit, daß es sich dabei nur um einen geringen Teil der Geschäftstätigkeit handle.

Die Wahrheit ist, daß der Weltbild-Verlag sein Geschäft mit Unzucht seit Jahren machte. Pornojäger Martin Humer, der verstorbene Freund des „13.“ informierte darüber immer wieder. Aber niemand von den Verantwortlichen wollte hören.

Kardinals-Meinung

Kürzlich sagte nun der Münchener Kardinal Reinhard Marx der Wochenzeitung „Die Zeit“, ein wirtschaftliches Engagement der Kirche liege auch im Interesse der Kirchensteuerzahler. Er konnte damit wohl nur gemeint haben, wenn die Kirche mit Pornohandel Geld einnehme, könne die Kirchensteuer niedriger gehalten werden. Und er fügte hinzu: „Wichtig ist, daß un-

teressante Anlagen ethisch verantwortbar sind.“ Generell liege ein wirtschaftliches Engagement der Kirche aber auch im Interesse beispielsweise der deutschen Kirchensteuerzahler. „Es wäre doch eine Naivität, zu meinen, Ordensgemeinschaften bis hin zum Heiligen Stuhl hätten nicht ihr Geld angelegt bei Banken, Fonds oder in Aktien.“ Daß (wie im Fall von Weltbild) die Bischöfe selbst erwerbswirtschaftlich tätig sein müßten, halte er jedoch nicht für erforderlich, sagte Marx.

Wackelt Beschluß?

Der Weltbild-Verlag gehört derzeit noch zwölf deutschen Bistümern, der katholischen Soldatenseelsorge Berlin und dem Verband der Diözesen Deutschlands. Unter dem Eindruck einer öffentlichen

Plädoyer für Umbau

Interessant ist nun, daß der Münchner Publizist Peter Seewald den von den deutschen Bischöfen beschlossenen Verkauf der Verlagsgruppe Weltbild nicht für zwingend hält. Er plädiert für einen „ehrlichen, machbaren Umbau“ des Unternehmens. „Der eigentliche Skandal ist, daß hier ein Verlagshaus, das zu einhundert Prozent der deutschen katholischen Kirche gehört, mit Reifen fährt, denen jegliches Profil fehlt.“ Wenn in einem katholischen Buch-Katalog, der monatlich drei Millionen Haushalte erreiche, kein einziges religiöses oder katholisches Buch angeboten werde, könne etwas nicht in Ordnung sein.

Ungeachtet aller Verkaufspläne expandiert die katho-

lische Verlagsgruppe Weltbild sogar weiter. Zusammen mit Hugendubel hat sie zum Jahresanfang 50 Prozent der Anteile am Online-Kiosk „Pubbles“ übernommen. Maximilian Hugendubel leitet die „Deutsche Buch Handels GmbH & Co. KG“ (DBH), in der das stationäre Buchhandelsgeschäft der verschiedenen Marken von Weltbild und Hugendubel gebündelt ist.

Zollitsch-Mahnung

Indes mahnt der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, beim Verkauf der Weltbild-Gruppe zur Zurückhaltung. Der Verkauf sei zwar beschlossene Sache, es solle aber dabei zu keiner „überhasteten Aktion“ kommen.

Also: Wenn man schon verkauft, will man doch möglichst lange an der Sache verdienen. Wohl gemerkt: Möglichst lange, und wenn es geht: immer. Bis der letzte Rest von Glaubwürdigkeit verspielt ist.

einzigster Ausweg, den Bischöfen die Kirchensteuer zu verweigern, einer Massnahme, der Papst Benedikt XVI. indirekt schon zugestimmt hat.

Hier ist natürlich einmal an die Initiative des Katholikenkreises in Frankfurt zu erinnern: www.kirche-ohne-kirchensteuer.de beziehungsweise dann auch an die Petition des Kardinal-von-Galen-Kreis e.V. www.kvgk.de unter dem genannten Stichwort.

Maßregelung eines Pfarrers

VON REINHARD DÖRNER

Die Bischöfe setzen dieser Entwicklung nichts entgegen, sondern fördern sie noch, wie der „Fall Oblinger“ zeigt aus Rücksicht auf die „veröffentlichte Meinung“. Auf sie ist das Wort des Propheten anzuwenden: „Wehe den Hirten, die nur sich selbst weiden“ (Ez 34,2).

Die Bischöfe sollten sich bewußt machen, daß sie Modernisten und Kirchenzerstörern das Feld überlassen. Da sie sich in den letzten Jahrzehnten geradezu beeilen, den Forderungen der kirchlichen Linken nachzugeben, bleibt den kirchlichen und lehramtstreuen Katholiken am Ende nur noch ein

Bischof Zdarsa aus Augsburg, der Amtsnachfolger von Bischof Mixa, hat Pfarrer Oblinger aus Ichenhausen untersagt, für die konservative Wochenzeitung „Junge Freiheit“ zu schreiben.

Dem Vernehmen nach soll Pfarrer Oblinger jetzt auch auf seine Art des Religionsunterrichtes hin untersucht werden, nach dem Motto: Etwas werden wir bei ihm schon finden, um ihn absetzen zu können.

Zukunft der Abtei Michaelsberg

Die Zukunft der Benediktinerabtei Michaelsberg in Siegburg ist entschieden. Das von den Mönchen aufgebene Kloster wird weiterhin kirchlich und nicht kommerziell genutzt, wie der Kölner Generalvikar Dominik Schwaderlapp vor Journalisten erklärte. In dem Gebäude mit fast 1.000jähriger benediktinischer Tradition

kämen eine Klostersgemeinschaft der Karmeliter (OCD) und das bislang in Bad Honnef angesiedelte Katholisch-Soziale Institut des Erzbistums Köln (KSI) unter. Zudem werde das Edith-Stein-Exerzitienhaus dort weitergeführt. Für Renovierung und Sanierung des Gebäudes plant die Erzdiözese mindestens 40 Millionen Euro ein.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt sieht für die Gründung einer konservativen Gruppierung innerhalb der Union „keine Notwendigkeit“.

Hasselfeldt wendet sich damit gegen den sogenannten „Berliner Kreis“. Diese Gesprächsrunde unter Führung des hessi-

Unmut

schen CDU-Fraktionsvorsitzenden Christian Wagner, dem auch CSU-Mitglieder angehören, strebt nach der bisher informellen Organisationsform nun einen offiziellern Status an. Darüber gibt es Unmut in der CDU-Parteiführung.

Mitglieder des „Berliner Kreises“, wie unter anderen der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach, wollen ihrerseits die Diskussionsrunde nicht als innerparteiliche Opposition mißverstanden wissen. Man beklage jedoch eine zunehmende Profillosigkeit der Partei und undurchsichtige Entscheidungsprozesse bei programmatisch wichtigen Fragen.

Plagiatsvorwürfe

Der Limburger katholische Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst wird mit Vorwürfen konfrontiert, in einem Buch nicht korrekt zitiert zu haben. Eine Textpassage seines jüngst erschienenen Buches stamme vom Limburger Altbischof Franz Kamphaus. Der Justitiar des Bistums, Gernot Sydow, erklärte auf Anfrage, die Parallele beruhe auf der inhalt-

Schwule und Lesben in Kirche willkommen

Auch Schwule und Lesben sind nach den Worten des Berliner Erzbischofs Rainer Maria Woelki in der katholischen Kirche willkommen.

Er begegne ihnen mit Achtung und Würde, sagte Woelki in der RBB-Fernsehsen-

dung „Thadeusz“. Er zitierte damit den gültigen Katechismus. Zugleich betonte Woelki, die katholischen Christen hätten ein besonderes Ideal „und das ist die Beziehung der Ehe zwischen Mann und Frau, die offen ist auch für das Kind“.

Von der Zentrumsparterie

Auf einer Mitgliederkonferenz in Düsseldorf am 7. Februar wurde festgestellt, daß der ordentliche Bundesvorsitzende der Deutschen Zentrumsparterie Michael Möller aus Düsseldorf ist. Dieser wurde beauftragt, umgehend eine Bundesvorstandssitzung einzuberufen. Am 25.

März 2012 findet in Dormagen unter der Leitung eines Dormagener Anwalts die Neugründung der Deutschen Zentrumsparterie statt, um die sogenannte Nach-Woitzik-Ara einzuleiten.

Caritas-Mitarbeiter fordern mehr Geld

Die Mitarbeitervertretung des Deutschen Caritasverbands fordert für die neue Tarifrunde 6,5 Prozent mehr Vergütung für die 500.000 Beschäftigten, mindestens aber eine Anhebung aller Gehaltsgruppen von 200 Euro.

Das teilte die Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Verbands am 9. Februar in Frankfurt mit. Die Vergütung der Aus-

Die Bundesregierung will Ehe und die sogenannte Homo-Ehe weiter angleichen.

Zwar ist die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe „weitgehend verwirklicht“, heißt es in

Angleich von Ehe und „Homo-Ehe“

einer Antwort auf eine Großen Anfrage der Bundestagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen. Zugleich bekräftigt die Regierung aber, „gleichheitswidrige Benachteiligungen“ weiter abbauen zu wollen. Die 36seitige Stellungnahme des christlich-liberalen Regierungsbündnisses wurde am 6. Jänner in Berlin bekannt.

Zu den noch bestehenden Unterschieden gehörten neben vielen Detailregelungen Fragen des Steuerrechts („Ehegatten-Splitting“) sowie die Adoption von Kindern durch homosexuelle Paare.

zubildenden solle um 100 Euro steigen.

Die Mitarbeitervertreter riefen die Caritas-Beschäftigten dazu auf, Aktionen für Lohnanhebungen im öffentlichen Dienst zu unterstützen: der Tarifabschluß des öffentlichen Dienstes sei „die Leitwährung zur Weiterentwicklung der Allgemeinen Vergütungsrichtlinien“.

Warum die Abtreibung fallen muß:

Wir brauchen höhere Geburtsraten

Die westlichen Industrienationen stehen nach Ansicht des Allianz-Vorstandsvorsitzenden **Michael Diekmann** vor grossen Umwälzungen.

Grund ist das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung, sagt **Diekmann**.

Als Beispiel führte er das deutsche Gesundheitswesen an. Rund 40 Prozent aller

Gesundheitskosten entfallen schon jetzt auf Menschen im Alter zwischen 70 und 79 Jahren, weitere 30 Prozent sind dem „Gesundheitsaufwand“ der über 80jährigen vorbehalten. Bis 2050 würden sich die Pflegekosten verdoppeln, Altersdemenz entwickle sich bis dahin zu einem „Massenproblem“ mit mindestens 2,6 Millionen Betroffenen.

Die Politik verschleibe vor diesen Problemen bislang die Augen.

Skeptisch äußert sich **Diekmann** zu dem Ansatz,

Sozialsystem und Arbeitsmarkt durch Einwanderung zu entlasten: Für den Erhalt des jetzigen Gleichgewichts zwischen Erwerbstätigen und Rentnern brauche es 3,6 Millionen Zuwanderer pro Jahr. Weder die Attraktivität des Standorts Deutschlands noch die „politisch-gesellschaftlichen Determinanten“ sprächen dafür, daß sich dies realisieren ließe. Langfristig kämen die westlichen Nationen deswegen nicht darum herum, zu überlegen, wie sie wieder zu höheren Geburtenraten gelangen könnten.

Rettung?

Die Rettung Griechenlands könnte für den deutschen Steuerzahler teuer enden. Aktuelle Berechnungen des Kieler Instituts für Wirtschaftsforschung www.ifw-kiel.de zufolge belaufen sich die Kosten für eine Umschuldung des südeuropäischen EU-Staates allein für Deutschland auf mehr als 25 Milliarden Euro. Dem nicht genug: Der Betrag könnte weiter steigen, würde man auf einen Teil der staatlichen Hilfskredite verzichten, berichtete die „Welt“ am 8. Februar.

Deutscher Chef des EU-Parlaments

Der deutsche Sozialdemokrat **Martin Schulz** wurde am 17. Jänner zum neuen Präsident des EU-Parlaments gewählt.

Seine Amtszeit dauert zweieinhalb Jahre. Er will, das verlorene Vertrauen in die EU wiederherstellen und Begeisterung für Europa wecken.

Multikulti kostete uns bis 2007 1000 Milliarden Euro. Eine Billion Euro Sonderschulden aber hatte Deutschland bereits 2007 für Migranten... oder 40.000 Euro für jeden der 25 Mio. Nettosteuerzahler.

Eine wichtige Abstimmung

Am 20. Februar 2012 stimmt der Bundestag darüber ab, ob die Haushaltssouveränität Deutschlands an die zu gründende europäische Superbank ESM (die Bezeichnung „Europäischer Stabilitätsmechanismus“ ist irreführend) übertragen werden soll.

Die ESM-Bank genießt volle Immunität, ist keiner Kontrollinstanz unterworfen und mit Regierungsvollmachten ohne demokratische Legitimation ausgestattet. Einzelheiten siehe www.fachinfo.eu/fi073.pdf.

Deutschland verpflichtet sich, in die ESM-Bank 190 Milliarden Euro einzubezahlen. Eine Rückzahlung dieses Betrages ist nicht zu erwarten. Die ESM-Bank ist berechtigt, von ihr festge-

setzte Geldbeträge innerhalb einer Woche abzurufen und ihre Kapitalausstattung nach Bedarf aufzustocken.

Namhafte Staatsrechtler haben darauf hingewiesen, daß die Unterzeichnung des ESM-Vertrages eine Übertretung des Grundgesetzes bedeutet, den Maastricht-Verträgen widerspricht und auch den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes.

Die Unterzeichnung des ESM-Vertrages bedeutet für

Deutschland eine drastische Erhöhung der Staatsverschuldung, die unser Land dem Staatsbankrott näherbringt und die Bürger ärmer macht. Aus den dargelegten Gründen erscheint es dringend geboten, daß politische wache Bürger durch Zuschriften und Eingaben an die Bundestagsabgeordneten diese davon überzeugen, daß der ESM-Vertrag nicht dem Wohl der deutschen Bevölkerung dient.

Dr. Hans Penner

Kirche ohne Kirchensteuer?

Die katholische Kirche in Deutschland kann nach Ansicht des Münchner Kardinals **Reinhard Marx** ohne die Kirchensteuer existieren. Dies sei „selbstverständlich“ möglich – „aber anders“, sagte **Marx** der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Deutsches Getreide für Biokraftstoffe

Rund drei Prozent der deutschen Getreideernte sind im vergangenen Jahr als Rohstoff für Biotreibstoffe verwendet worden. Wie der Bundesverband der deutschen Bioethanol-

wirtschaft (BDBE) mitteilte, wurden 1,39 Millionen von insgesamt 43,97 Millionen Tonnen des geernteten Getreides für die Herstellung von Bioethanol genutzt. Daraus und aus zusätzlich ver-

wendeten Zuckerrüben entstanden insgesamt 583.000 Tonnen Bioethanol. Es wurde zur Beimischung (E5, E10), als Reinkraftstoff E85 und als Benzinadditiv ETBE verwendet.

Statistische Wahrheiten – ein Beispiel:

Anteil der Christen in Stuttgart sinkt dramatisch

Die Anzahl der Christen in der einstigen protestantischen Hochburg Stuttgart sinkt rapide. Unter den bis Fünfjährigen sind gerade noch einmal 13 Prozent katholisch und 15 Prozent evangelisch. Vereinfacht gesagt: Von sieben Kindern ist eines evangelisch und eines katholisch, fünf sind ungetauft.

In zwanzig Jahren fiel bei einer weitgehend konstanten Einwohneranzahl der Anteil der Protestanten von 41 auf 29 Prozent und der der Katholiken von 31 auf 25 Prozent. Parallel stieg der Anteil der Menschen mit einer anderen oder mit keiner Religion von 28 auf 46 Prozent. Die beiden großen Kirchen suchen nach Wegen, wie sie damit umgehen wollen, wohl schon in wenigen Jahren nicht einmal mehr die Hälfte der Einwohner zu repräsentieren.

Das katholische Stadtdekanat sieht „große Herausforderungen“. Um Entscheidungen für die Zukunft treffen zu können, hatte der Zusammenschluß von 64 Pfarreien das Statistik-Amt der Landeshauptstadt beauftragt, einen „Strukturdatenatlas der katholischen Kirchengemeinden Stuttgart“ zu erstellen, den Stadtdekan **Christian Hermes** präsentierte.

Weniger Mitglieder

Mit der sinkenden Mitgliederanzahl reduziert sich nicht nur die Anzahl der Gottesdienstbesucher und der ehrenamtlichen Helfer, sondern auch das Kirchensteueraufkommen. Letztlich ist die ge-

samte

kirchliche Infrastruktur einschließlich der von ihr getragenen sozialen

Dienstleistungen für die Allgemeinheit gefährdet.

Die Statistiker gehen auch auf die Kirchaustrittsanzahl ein: Innerhalb von zwei Jahrzehnten verließen 24.000 Katholiken ihre Kirche. Sehr viele dann, wenn sie ein Alter um die 30 haben – und bei den ersten richtigen Lohnabrechnungen sehen, was sie monatlich an Kirchensteuern bezahlen.

Durchschnittlich verlor die katholische Kirche in den vergangenen zwei Jahrzehnten jährlich ein Prozent ihrer Mitglieder. Schon jetzt ist statistisch sicher, daß die vorhersehbare Sterbezahls kirchlich gebundener Einwohner und die aller Voraussicht nach nicht stark steigen-

de Anzahl von Taufen auch künftig zu einem weiteren Schrumpfungsprozess der Kirchen führen wird. Ein Ende des Rückgangs ist nicht in Sicht.

Probleme überall

Hermes betonte, Entscheidungen über die künftige Ausrichtung sollten etwa Ende 2012 oder Anfang 2013 getroffen werden. Angesichts der Daten müsse sich die katholische Kirche ändern. Nicht mehr jede Pfarrgemeinde werde alles machen können.

Hermes will auch die ökumenische Zusammenarbeit stärken und den Bestand an Immobilien prüfen.

Es spricht wenig dafür, daß es sich bei alledem um Stuttgarter Spezialprobleme handelt.

Ruhrbistum schließt zwei Kirchen

Im Streit um Kirchenschließungen in Duisburg hat Ruhrbischof **Franz-Josef Overbeck** Zugeständnisse gemacht.

Das Bistum Essen schließt dort jetzt doch nur zwei statt vier Kirchen, wie es ursprünglich geplant und beschlossen worden war. Nach bundesweit beachteten Protesten der Gemeinden bleibt Sankt Peter und Paul in Nachbarschaft der großen Merkez-Moschee in Duisburg-Marxloh ebenso erhalten wie die mit Millionenaufwand renovierte bisherige Pfarrkirche St. Norbert. Aufgegeben dagegen werden die Kirchen Sankt Konrad und

Sankt Barbara, wie das Bistum am Wochenende mitteilte.

In Sankt Peter und Paul in Marxloh soll zudem ein neues sozialpastorales Zentrum entstehen, hieß es. Gegen die Schließung dieser Kirche hatte sich sogar die benachbarte Merkez-Moscheegemeinde (!) gewandt, die einen Verlust an gelungener Integration befürchtete. Für Schlagzeilen hatte ebenfalls gesorgt, daß Gemeindeglieder an einem Wochenende die Sankt-Barbara-Kirche besetzt hatten.

Die Pfarrgemeinderatsvorsitzende von Sankt Barbara, **Angelika Hoffmann**, sieht

im Entscheid des Bischofs einen Teilerfolg der „Initiative gegen Kirchenkahl-schlag“. Diese habe wegweisende Zusagen erhalten. „Kindergärten bestehen unabhängig von Kirchenschließungen weiter, wir bekommen das Zentrum in Marxloh und wir behalten über 2015 hinaus die dritte geforderte von heute noch sechs

Kirchen im Pfarrgebiet.“ In Sankt Barbara selbst müsse dagegen Trauerarbeit geleistet werden. Hier gelte es zu verdeutlichen, „wie denn Gemeinde ohne Kirche weiterleben kann“.

Bischof Overbeck betonte in einem Brief an die Gemeinden, daß ihn die Kirchenschließungen schmerzten.

Seligspredung Max Josef Metzgers

Das Erzbistum Freiburg strebt einen raschen Abschluß des Seligsprechungsverfahrens von **Max Josef Metzger** (1887-1944) an. Der am 3. Februar vor 125

Jahren geborene Freiburger Diözesanpriester gilt als einer der Pioniere der Friedensbewegung und setzte sich früh auch für die Ökumene ein.

Eine Anfrage an einen deutschen Kardinal

Gehört der Islam wirklich zu uns?

Der Münchner Kardinal **Reinhard Marx** hat vor einer Ausgrenzung der muslimischen Zuwanderer gewarnt.

„Wir müssen ihnen helfen, hier eine Heimat zu finden“, forderte der Erzbischof von

München und Freising. Zwar gehöre der Islam nicht in dem Maße zur Geschichte Europas wie das Christentum, sagte er in Berlin zur umstrittenen Äußerung von Bundespräsident **Christian Wulff**. „Aber die Menschen,

die daran glauben, gehören jetzt zu uns“, betonte der Kardinal. **Marx** rief zum Dialog mit dem Islam auf. Dies könne „die Muslime kräftigen, die sich unserer Kultur und unseren Werten anpassen wollen“.

Der Einrichtung des bundesweit größten Institutes für Islamische Theologie in Osnabrück steht nichts mehr im Wege.

Vertreter muslimischer Landesverbände und der

„Wohlfühlen“

Universität Osnabrück unterzeichneten eine Kooperationsvereinbarung. Sie regelt Besetzung und Aufgaben eines Beirates für das noch zu gründende islamische Theologie-Institut. „Damit können wir dazu beitragen, daß sich die Muslime in Deutschland wohler fühlen, sagte Niedersachsens Wissenschaftsministerin **Johanna Wanka** (CDU) in Osnabrück.

Scharia

Der rheinland-pfälzischer Justizminister **Jochen Hartloff** (SPD) sagte, er halte Scharia-Richter in Deutschland für möglich. Das stößt auf Kritik. CSU-Rechtsexperte **Stephan Mayer** forderte **Hartloffs** Rücktritt. **Mayer** nannte es „unvorstellbar“, daß ein Justizminister solches nur denke. Die rheinland-pfälzische Oppositionsführerin **Julia Klöckner** (CDU) wandte sie sich entschieden gegen den Vorschlag von Landesjustizminister **Jochen Hartloff** (SPD), islamische Rechtsvorstellungen in die Entscheidungen ziviler Schiedsgerichte einfließen zu lassen. Mit Blick auf die fehlende Gleichberechtigung von Frauen im Islam werde ihr „etwas bangdarum, daß man kulturelle Hintergründe allzu tolerant betrachtet“, sagte **Klöckner**.

Personalpolitik

Die baden-württembergische Integrationsministerin **Bilkay Öney** (SPD) warb für mehr Muslime im christlichen Sozialdienst. Daß Caritas und Diakonie oftmals nur Christen einstellten, bezeichnete die Politikerin als „gravierendes Problem“. Eine solche Personalpolitik schließe viele andersgläubige Migranten aus den sozialen Berufen aus.

Aufforderung

Der Präsident des Zentralrats der Juden, **Dieter Graumann**, fordert die Muslime auf, sich stärker gegen Antisemitismus in den eigenen Reihen zu stellen und dagegen aufzutreten.

risierten sich jedoch die vorherigen Streithähne und griffen nun auf einmal gemeinsam die Polizisten an. Die Beamten mußten zum eigenen Schutz Pfefferspray einsetzen und zogen sich zurück. Trotz des polizeilichen Rückzugs zeigten sich die Ausländer weiter aggressiv gegen die Beamten. Insgesamt wurden drei Männer vorläufig festgenommen. Nachdem die Festgenommenen am Polizeirevier waren, wollten ihre Bekannten vor

dem Dienstgebäude ihre Freilassung erzwingen. Acht Funkstreifenbesetzungen mußten nun zum Schutz des Polizeireviers aus anderen Dienststellen angefordert werden. Bei den Auseinandersetzungen vor dem Revier wurden weitere fünf Personen festgenommen. Ergebnis: Strafanzeigen wegen Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, versuchte Gefangenbefreiung und gefährlicher Körperverletzung.

Eine Szene wie aus einem Horrorfilm

Ende Jänner, an einem Sonntag, wurde der Polizei in Rendsburg in den frühen Morgenstunden eine größere Schlägerei gemeldet. Als mehrere Funkstreifenwagen am Einsatzort in der Nienstadtstraße eintrafen, stießen sie dort auf etwa 40 Südländer, die mit Ledergürteln aufeinander einschlugen. Als die Beamten schlichtend eingreifen wollten, griff ein Schläger die Beamten an. Er wurde festgenommen. Aufgrund der Festnahme solidari-

Meilenstein der Integration?

Für die Politik ist es ein „Meilenstein der Integration“: In Nordrhein-Westfalen soll ab kommendem Schuljahr islamischer Religionsunterricht eingeführt werden.

Es ist das erste Bundesland, in dem das Fach Schritt für Schritt flächendeckend etabliert werden soll; in anderen Ländern gibt es vereinzelt nur entsprechende Modellprojekte. Nach Ansicht von NRW-Schulministerin **Sylvia Löhrmann** (Grüne) trägt der islamische Religionsunterricht dazu bei, daß Deutschland für die Mi-

granten mehr zur Heimat wird. Auch die Kirchen begrüßen im Grundsatz, daß die religiöse Unterweisung junger Muslime aus Hinterhofmoscheen herausgeholt wird und an den Schulen in deutscher Sprache und unter behördlicher Aufsicht stattfindet. Große rechtliche Bedenken: Die Kirchen verweisen auf das Grundgesetz. Das schreibt vor, daß der wertneutrale Staat nur formal die Lehrpläne für den Religionsunterricht bestimmt und ansonsten die jeweilige Religionsgemeinschaft die Inhalte festlegt. Wie wird das beim Islam in der Praxis möglich sein?



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 2 / 2012

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen
Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycast.de

Antifa will Kirchen abfackeln

Vorab: Ob Gewalt von „RECHTS“ oder von „LINKS“ kommt, ist egal. Jede Gewalt oder jede Anstiftung dazu ist ein Verbrechen und muß bestraft werden.

Seit Samstag, dem 4. Februar 2012, liegt der Staatsanwaltschaft Freiburg eine Strafanzeige gegen die Antifa (Antifaschismus) Freiburg wegen Aufruf zu Straftaten vor. Der Begriff Antifa bezeichnet vor allem im antifaschistischen Spektrum linke, linksradikale und autonome Gruppen und Organisationen, die sich in ihrem Verständnis von Antifaschismus das Ziel gesetzt haben, Na-

tionalismus und Rassismus zu bekämpfen.

Der Aufruf

Auf ihrer Webseite www.autonome-antifa.org hatten die LINKEN zum „Abfackeln von Kirchen“ aufgerufen:

„Gerne hätten wir über abgefackelte Kirchen in Deutschland nach dem Vorbild von Nova Scotia oder North Tulsa, von Abita Springs, Hardeeville oder Logansport berichtet. Leider brennen hierzulande höchstens Gebetsbücher in Gresten, aber weder Kathedrale, Dom noch Münster. Doch

wir geben die Hoffnung nicht auf und vielleicht geschehen ja noch Zeichen und Wunder, so daß wir uns nächstes Jahr an der Glut eines niedergebrannten Gotteshauses erwärmen können.“ Ähnliche Aufrufe geschahen bereits in den Jahren 2008 bis 2010.

Täter von Links

Über Straftaten von „RECHTS“ berichten die Medien ausführlich. Sie werden unter Anteilnahme und mit Unterstützung der Bevölkerung verfolgt und möglichst noch im Keim erstickt. Richtig so!

Prüfstelle für jugendgefährdende Medien

Viele Nutzer des Internets trauen manchmal ihren Augen nicht, was sie dort alles zu sehen bekommen. Ob mit oder ohne einem sogenannten „Jugendschutzfilterprogramm“ ... der Gewalt und den pornografischen Angeboten kann man sich fast gar nicht entziehen. Das gilt für Erwachsene, aber im besonderen für Kinder und Jugendliche.

Bereits vor mehr als einem Jahr haben wir der Jugend-schutzbehörde eine widerliche Pornoseite genannt. Auf dieser Seite stehen tausende von Bildern und viele Pornofilme kostenlos zur Verfügung. Der sogenannte „Jugendschutzfilter“ der diesen perversen Seiten vorgeschaltet ist, ist nur eine einfache

Abfrage: „WARNUNG: Sind Sie schon 18 Jahre alt? Wenn nein, bitte verlassen.“ **Das scheint der Staatsanwaltschaft oder der Jugend-schutzbehörde zu genügen.**

Als vor einigen Jahren unsere eigene Internetseite www.Babycast.de von der Jugend-schutzbehörde indiziert wurde, weil wir reale

Bilder von Abtreibungen veröffentlicht hatten, haben wir ebenso eine solche „Zugangseinschränkung“ für Kinder und Jugendliche eingerichtet. 2.500 Euro Ordnungsstrafe wurden von den „Jugendschützern“ ausgesprochen, weil ein solcher „Schutz“ nicht ausreichend sei. Wir sollten eine Zertifizierung (Paßabfrage ...) einrichten beziehungsweise unseren Internetauftritt mit Abtreibungsbildern erst nach 23:00 Uhr zugänglich machen. Wir haben uns dann zwangsläufig darauf einigen

Was aber wird von Seiten der Justiz geschehen, wenn nun, wie in Freiburg geschehen, linke Gruppierungen zu Straftaten aufrufen? Wird die Staatsanwaltschaft die vorliegende Strafanzeige der „Initiative Nie Wieder! e.V.“ überhaupt ernst nehmen und bearbeiten? Wird ein Ermittlungsverfahren eingeleitet werden und von der Staatsanwaltschaft ausgeforscht werden, welche Personen hinter diesem Aufruf stehen? Wird es anschließend auch eine Überwachung vom Staatsschutz geben?

Wir sind gespannt, mit welchem Maß die Staatsanwaltschaft Freiburg messen wird!

müssen, daß lediglich zwei Abtreibungsbilder gezeigt werden. Bei der rigorosen Vorgehensweise blieb uns keine andere Wahl.

Nachdem nun über ein Jahr seit Meldung der Pornoseite die Jugendschutzbehörde untätig geblieben ist, haben wir bis Ende Februar eine Frist gesetzt. Sollte bis dahin immer noch diese Internet-seiten zugänglich sein, werden wir gegen die sogenannten „Jugendschützer“ Strafanzeige wegen Amtsmissbrauch stellen.

Töten auf Rädern: eine ambulante Sterbehilfe

Neue holländische „Er-rungenschaft“: Ab März gibt es ambulante „Sterbehilfe“-teams in den Niederlanden. „Spezialisten“ helfen bei der Selbstötung im eigenen Haus.

Sechs ambulante „Spezialistentams“ sollen in den Niederlanden vom 1. März an „Sterbehilfe“ leisten. Wie die „Niederländische Vereinigung für ein freiwilliges Lebensende“ (NVVE) erst kürzlich in Amsterdam mitteilte, sollen die jeweils aus einem Arzt und einem Krankenpfleger bestehenden Teams Betroffene zu Hause aufsuchen und dort die Tötung durchführen.

Grund für die Einführung der ambulanten Teams sei, daß immer wieder Menschen, die (angeblich) eine „Sterbehilfe“ wünschten, Schwierigkeiten hätten, ei-

nen dazu bereiten Arzt zu finden.

„Sterbehilfe“ ist in den Niederlanden seit April 2002 dann erlaubt, wenn ein Patient unerträglich leidet, aus-

sichtslos krank ist und mehrfach ausdrücklich darum gebeten hat. Der Arzt muß einen Kollegen zu Rate ziehen. Die Staatsanwaltschaft wird nur bei Zweifeln an der ärzt-

lichen Entscheidung angerufen. Sollte sich dabei herausstellen, daß der Arzt gegen die Regeln verstoßen hat, drohen ihm bis zu zwölf Jahren Haft.

Eine Furcht erregende Entwicklung

Ab März 2012 wird es in Holland möglich werden, durch „mobile ambulante Sterbehilfeteams“ euthanasiert zu werden. Diese Entwicklung ist nicht nur für die Menschen in Holland furchterregend.

Wir dürfen nicht die Augen verschließen, was in unserem Nachbarland geschieht. Heute in Holland, morgen in Deutschland, Österreich und der EU und übermorgen in der ganzen Welt ... falls kein Widerstand geschieht!

Auch wenn die „Anfänge“ schon hinter uns liegen, seien Sie nicht entmutigt ... sondern tun Sie etwas dagegen.

Helfen Sie bitte, gegen diese geplanten Euthanasie-Verbrechen in Holland, welche von der „NVVE“ (Nederlandse Vereniging voor een vrijwillig Levensende) organisiert und durchgeführt werden sollen, ganz energisch und entschieden zu protestieren.

Homepage:
<http://www.nvve.nl/nvve2/home.asp?paginaam=homepage>

Adresse:
NVVE, Right to Die-NL
PO BOX 75331
1070 AH Amsterdam
Phone: *31 20 6200690

E-Mails an:
w.dejong@nvve.nl
lod@nvve.nl
k.scheirlinck@nvve.nl
s.michelis@nvve.nl
s.soydas@nvve.nl

Botschaft des Königreichs der Niederlande
Klosterstr. 50, 10179 Berlin
Tel.: 030/ 20 956-0
Fax: 030/ 20 956-441
nlgovbln@bln.nlamb.de

Babycaust-Gedenktag

Mit dem diesjährigen „Holocaust-Gedenktag“ wurde weltweit an die Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Am 27. Januar 1945, vor 67 Jahren, befreiten Soldaten der Roten Armee die Überlebenden des KZs Auschwitz, dem größten Vernichtungslager der Nazis. Symbolhaft steht Auschwitz für den millionenfachen Völkermord.

Seit Ende der Verbrechensherrschaft der Nazis werden jährlich weltweit etwa 40 Millionen ungeborene Kinwillkürlich abgetrieben. Viele vermeintliche Rechtfertigungsgründe haben sich in unserer konsumorientierten, dekadenten Gesellschaft ma-

nifestiert, die diesen Massenmord an den Schwächsten und Wehrlosesten, den Babycaust an den Ungeborenen, als Befreiung und nicht als ein Verbrechen weitestgehend toleriert.

In Erinnerung daran schlägt die „Initiative Nie Wieder!“ vor, den 28. Dezember als Gedenktag für die

weltweite massenhafte Vernichtung ungeborener Kinder einzurichten. Obwohl die zahlenmäßige Dimension der heutigen „Vernichtungsmaschinerie“ eine größere ist, könnte dieser Gedenktag in Anlehnung an den HOLOCAUST als BABYCAUST-Gedenktag eingeführt werden.

Damals Unrecht – heute Unrecht!!

Demokratische Regierungen werden nicht glaubhafter, wenn sie die Verbrechen der Vergangenheit (zum Beispiel der Nazis) anprangern und in Erinnerung halten, aber die Verbrechen der Gegenwart

(millionenfacher Mord an den Ungeborenen) dulden und gesellschaftsfähig machen.

Wenn Politiker so verfehlt handeln, haben sie nicht wirklich etwas aus der Geschichte gelernt!

Wirkliches Gift

Britische Abtreibungsgegner haben gegen eine Entscheidung protestiert, nach der private Anbieter von Abtreibungen künftig für ihre Dienste werben dürfen. Nach dem Willen der Werbe-Selbstregulierungsbehörden sollen auch profitorientierte Kliniken, die Abtreibungen durchführen, Werbespots im Radio und im Fernsehen schalten dürfen. Die „Gesellschaft zum Schutz ungeborener Kinder“ warnte zu Recht vor einer „Vergiftung“ der britischen Kultur. Der Verband „Care“ erklärte, im Fernsehen für Abtreibungen werben zu dürfen als sei es Zahnpasta, sage viel über die Werte der Konsumkultur.

Seligsprechung für Ordensgründer

Der Seligsprechungstermin für Louis Brisson (1817-1908) steht fest: Der Gründer der Oblatinnen und Oblaten des heiligen Franz von Sales wird am 22. September 2012 in seiner Heimatdiözese in Troyes (Frankreich) seliggesprochen.

Der Informativprozeß zur Seligsprechung war 1938 eröffnet worden, der Seligsprechungsprozeß in Rom im Jahr 1964. Am 19. Dezember 2009 erkannte der Vatikan den heroischen Tugendgrad des Ordensgründers an. Das für die Seligsprechung notwendige Wunder wurde genau ein Jahr darauf, am 19. Dezember 2011, offiziell anerkannt, womit der Prozeß zu einem positiven Abschluß kam.

Verwirklichter Plan

Louis Alexander Brisson wurde am 23. Juni 1817 in Plancy (Frankreich) geboren. 1840 empfing er die Priesterweihe. Im Jahr darauf lernte er **Maria Salesia**

Chappuis, die Oberin des Klosters der Heimsuchung in Troyes, kennen. Diese Ordensgemeinschaft wurde 1610 vom heiligen **Franz von Sales** gegründet. Die „Gute Mutter“, wie **Chappuis** genannt wird, war überzeugt, daß **Brisson** und sie dazu auserkoren seien, jenen Plan des heiligen **Franz von Sales** in die Tat umzusetzen, den dieser nicht mehr umsetzen konnte: die Gründung eines Männerordens.

Drei „Wunder“

Brisson war sich dessen nicht sicher. Daraufhin geschahen drei „Wunder“, wie auf der offiziellen Homepage des Ordens zur Seligsprechung zu lesen ist: Zuerst erhielt er eine zufällige Spende, die er einer Familie als Miete überreichen konnte – die Familie wäre sonst ausgewiesen worden. Dann sollte eine Schülerin, die kaum lesen und schreiben konnte, im Beichtstuhl einen bestimmten Satz aus dem Werk des heiligen **Thomas von**

Sozialpolitikerin Burjan in Wien seliggesprochen

Die österreichische Sozialpolitikerin Hildegard Burjan (1883-1933) ist am 29. Jänner im Wiener Stephansdom seliggesprochen worden.

In Vertretung des Papstes verlas Kardinal **Angelo Amato**, Präfekt der Seligsprechungskongregation, den Erlaß, der die gebürtige Görliitzerin zur Ehre der Altäre erhob. Der Wiener Kardinal **Christoph Schönborn**

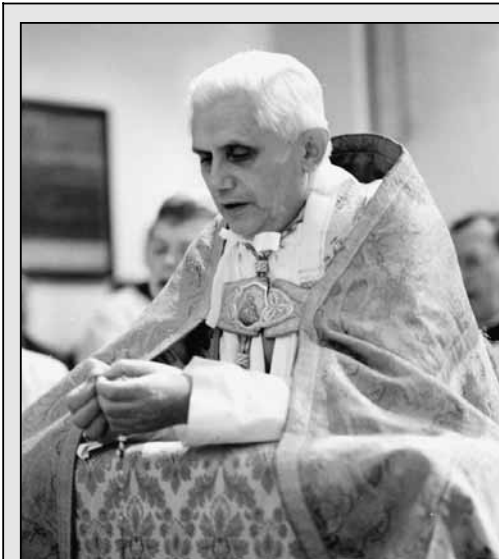
nannte die Seligsprechung „ein großes Geschenk für die Kirche“ und für Österreich. Als Sozialpionierin und Gründerin der Schwesterngemeinschaft „Caritas Socialis“ habe **Burjan** in sozial schwerer Zeit Großes geleistet. Ihr Blick für Not und „das vernünftige soziale Handeln“ habe ihr über Parteigrenzen hinweg hohe Anerkennung eingebracht.

Die aus einer jüdischen

Familie stammende Görliitzerin trat 1909 zum Katholizismus über. In Wien gründete sie 1912 den „Verband christlicher Heimarbeiterinnen“ und 1919 „Caritas Socialis“. Die Organisation mit Stammsitz in Wien unterhält Pflegeheime sowie ein Hospiz und ist in der Ausbildung für Sozialberufe engagiert. Ebenfalls 1919 zog **Burjan** als erste weibliche Abgeordnete der Christlichsozialen

Partei in den österreichischen Nationalrat ein.

Burjan setzte sich entschieden für die Gleichberechtigung der Frau, für die Bekämpfung der Kinderarbeit und für die Überwindung sozialer Mißstände ein. Zu ihren zentralen politischen Forderungen zählte „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen. Am 11. Juni 1933 starb sie an einem Nierenleiden.



Gebetsmeinung für März 2012

- Allgemeine Gebetsmeinung:** Daß der Beitrag der Frau zur gesellschaftlichen Entwicklung weltweit in angemessener Weise anerkannt wird.
- Missionsgebetsmeinung:** Daß der HEILIGE GEIST all jenen Standhaftigkeit schenkt, die vor allem in Asien im Namen CHRISTI diskriminiert, verfolgt und zum Tode verurteilt werden.

Aquin im lateinischen Original zitieren – sie schafft es. Am 24. Februar 1845 erschien ihm schließlich **CHRISTUS** selbst: Dieses „Wunder“ überzeugte **Brisson**

schließlich, eine Ordensgemeinschaft zu gründen – auch wenn es noch weitere 30 Jahre dauern sollte. Heute sind 520 Sales-Oblaten weltweit tätig.

Vieles muß nun bereinigt werden

Ich habe nicht geglaubt, daß unsere eigenen Bischöfe unsere katholische Kirche zerstören und die weltweit 200 Millionen verfolgten Christen ver-raten. Was isl los?

Schmerzender Verrat

Besonders schmerzhaft ist der Verrat an unsern 40.000 ermordeten Glaubensbrüdern pro Jahr alleine in Afrika – durch Muslimhand. Daß hier in Europa, auch in der Schweiz, unter Mißbrauch unserer demokratischen Mittel (Pfarrblatt, Pfarrgemeinden, Tageszeitungen und andere Medien) dem Bürger eingeredet wird, es sei ein „interreligiöser Dialog“ mit den Muslimen machbar – ganz entgegen den Auflagen von Koran und Hadith's, verstehe ich nicht.

Der Islam hat zudem für alle seine Gläubigen den ver-

bindlichen Hinweis der „Taqiya“ – also der bewußten Täuschung und Irreführung der Ungläubigen (alle Nicht-Muslime), um die Welteroberung zu erreichen.

Und im Thurgau...

Im Thurgau haben sich nun viele Gläubige gewehrt gegen die merkwürdige Arbeit eines Diakons **Matthias Loretan** in der Kirchgemeinde St. Ulrich in 8280 Kreuzlingen und Verbrüderungen mit Imamen und Moscheen. Noch schlimmer aber wurde die diktatorische und undemokratische Verweigerung der Bürgermeinung empfunden (Bitte beachten Sie „Der 13.“, Ausgabe von Januar 2012)!

Dies alles hat ahnen lassen, daß **Loretan** von oben gedeckt werden muß. Als dann die Kirchgemeinde St. Ulrich **Loretan** auf Mitte 2012 frei-

stellen konnte, wurde **Loretan** prompt und angeblich mit offenen Armen von den Nachbargemeinden ab Mitte Jahr verpflichtet, denn der Priestermangel ist groß.

Meine Briefe an Bischof **Felix Gmür** (siehe „Der 13.“ vom Jänner) haben nun ahnen lassen, daß vermutlich der Bischof selber hinter all dem steht! Viele haben dies befürchtet. Bitte beachten Sie den Brief des Bischofs an mich vom 6. Februar 2012. Nun soll also die Vertreibung der Katholiken aus den Kirchen weitergehen. Arme Kirche und armer **JESUS CHRISTUS!**

Der Generalsekretär

Schon ein Schreiben des Generalsekretärs (vom 23. Januar 2012) **Danial Kosch** der römisch katholischen Zentralkonferenz der Schweiz hatte mehr als stütz gemacht. Darin trat der Kirchenmann voll und ganz für **Mattias Loretan** ein. Damals bestanden Zweifel, ob diese Stellungnahme

wirklich von ganz oben käme, heute haben wir dank des Briefes von Bischof **Felix Gmür** (Baselstr. 58, CH-4501 Solothurn) die Antwort!

Die Basis ist gerufen

Was bleibt? Sollen die ganzen Pfarr-Bevölkerungen der alten und neuen Pfarngemeinde mittels Flugblatt informiert werden? – So oder so werden die Menschen früher oder später dies alles realisieren und schrittweise austreten – zur Freude der muslimischen Gemeinden!

Soll also unsere Kirche schrittweise zerstört werden durch die eigene Führung oder soll die Basis einmal mehr die schwere Last einer ordentlichen Bereinigung an die Hand nehmen, die nicht nur viel Mühen, Gram und Geld kosten wird?

Der Autor:

Willy Schmidhauser
Untere Bündt 5, 8505
Dettighofen, Tel.: 052-765-19-19 Fax: 052-765-25-26, www.sd-tg.ch

„Alte“ Messe nur ein erster Schritt

Die Wiederzulassung der Feier der heiligen Messe in der vorkonziliaren, „außerordentlichen Form“ ist nach Ansicht des Schweizer Kurienkardinals **Kurt Koch** „nur ein erster Schritt“.

Die Zeit für weitere Schritte sei jedoch „derzeit wohl nicht reif“, sagte **Koch** in Freiburg im Breisgau. Rom könne erst wei-

ter tätig werden, wenn es unter den Katholiken die Bereitschaft gebe, über neue Liturgieformen „im Dienst der Kirche“ nachzudenken. Der Kardinal äußerte sich bei einer Tagung, die sich mit der Theologie **Joseph Ratzingers** beschäftigte und auch dessen Zeit als Papst **Benedikt XVI.** einbezog.

PERSONALIA

Die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) hat zwei neue Mitglieder aus der Schweizer Bischofskonferenz. Aufgenommen ins Präsidium wurden die Bischöfe Charles Morerod und Felix Gmür, Präsidiert wird die AGCK Schweiz von der Anglikanerin Adèle Kelham.

Der Generalvikar des Bistums Chur, Martin Grichting, wurde zum Päpstlichen Ehrenprälaten ernannt.

Martin Brunner-Artho (49) heißt der neue Direktor des internationalen katholischen Missionswerks Missio in der Schweiz. Er löste den Westschweizer Kapuzinerpater Bernard Mailard Anfang Februar in diesem Amt ab. Missio wird oft als die „Ausgleichskasse der katholischen Kirche“ bezeichnet, die sich um einen materiellen Ausgleich zwischen den reicheren und ärmeren Ortskirchen in der Welt bemüht. Die von Missio verwalteten Spenden kommen nebst Katholiken auch Menschen anderer Konfession und Religion zu gute. Seit 1989 organisiert Missio das Sternsingen in der Schweiz.

Thierry Collaud, gebürtiger Neuenburger, wurde per 1. Februar assoziiertes Professor im Departement für Moraltheologie und Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Freiburg.

Steyler Missionare wollen Marienburg verkaufen

Die Steyler Missionare der Schweizer Provinz ziehen den Verkauf ihrer Liegenschaft Marienburg in Thal bei Rheineck SG in Erwägung. Dafür haben sich an der diesjährigen Provinzversammlung vom 2./3. Januar 19 Mitglieder der Ordensgemeinschaft ausgesprochen.

Im Dezember vergangenen Jahres waren Bemühungen

gescheitert, das von der Schließung bedrohte Gymnasium Marienburg zu retten. Dieses wird nun doch, wie im Oktober angekündigt, im Sommer den Schulbetrieb einstellen.

Unabhängig von einem allfälligen Verkauf wollen die Steyler Missionare weiterhin im Bistum St. Gallen tätig bleiben. Pater **Stephan Däh-**

ler sagte laut Mitteilung an der Versammlung: „Wir können uns eine Mietlösung in einer der Pfarreigemeinden, wo wir tätig sind, oder eine Mitfinanzierung kirchlich-gemeindlicher Altersheimprojekte gut vorstellen.“

Der Schweizer Provinz der Steyler Missionare gehören nach eigenen Angaben 40 Patres und Brüder an.

Wo sind die 110.000 Franken?

Die Strafuntersuchung in der Stiftsbibliothek St. Gallen wegen Unregelmäßigkeiten bei den Kasseneinnahmen ist von der Staatsanwaltschaft eingestellt worden.

Es habe keine Täterschaft ermittelt werden können, teilte der Administrationsrat des Katholischen Konfessi-

onsteils des Kantons St. Gallen mit. – Im Bargeldverkehr der Bibliothek sind in anderthalb Jahren rund 110.000 Franken entwendet worden.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Verdachtsmomente Ende 2010 habe er beim Bargeldverkehr zusätzliche Kontroll- und Sicher-

heitsmaßnahmen angeordnet, schreibt der Administrationsrat in seiner Medienmitteilung. Seither habe man keine weiteren Unregelmäßigkeiten festgestellt.

Ein Zeugnis von Frauen

Seit dem 2. Vatikanischen Konzil gibt es in vielen Bistümern wieder eine Gruppe von Frauen, die im Geiste **JESU** und der alten Kirche auf Ehe und Familie verzichten und sich mit einer Jungfraueneiweihung **GOTT** und der Kirche zur Verfügung stellen. Bei ihrem jährlichen Treffen mit Weihbischof **Martin Gächter** in Solothurn tauschten sie kürzlich ihre Erfahrungen an ihren verschiedenen Wohnorten aus.

Ihre Lebensweise als gottgeweihte Jungfrauen werde von vielen modernen Menschen nicht verstanden, heißt es in der Mitteilung des Ordinariats Solothurn. Sie würden aber in einer Zeit, da viele Christen für die Abschaffung des Priesterzölibates sind, ein deutliches Zeugnis für eine völlig freiwillige Ehelosigkeit geben, zu der **JESUS** auch heute einlade mit der Bemerkung „fasse es, wer es fassen kann“.

Muslime wollen eine Privatschule

In der muslimischen Bevölkerung der Stadt Basel existiert seit geraumer Zeit das Bedürfnis nach einer Privatschule. Dies sagte der Sekretär der Basler Muslim-Kommission (BMK) **Serhad Karatekin** gegenüber der Basellandschaftlichen Zeitung

(26. Januar). Die BMK ist der Dachverband islamischer Organisationen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Land. Es geht darum, „muslimische Kinder und Eltern intensiver, als es in öffentlichen Schulen möglich ist, zu betreuen und zu fördern“.

Esoterisches Migros-Spiel?

Freikirchliche Kreise protestierten gegen die gestartete neue Kundenbindungs-Kampagne „Animanca“ der Migros. Das ist auf „jesus.ch“ zu lesen. Kinder sollen zunächst 48 Stein-Amulette mit an uralte Höhlenmalereien erinnernden Tierbildern sammeln. Dem schließen sich verschiedene Online- und andere Aktivitäten an. Das Motto: „Entdecke die Tiere in dir!“ Für die Kritiker ist die Kampagne reichlich esoterisch. Gemäß Migros-Werbung handelt es sich um „Steine mit den geheimnisvollen Symbolkräften“. Die Medienmitteilung zur Lancierung schreibt von „magischen Steinen“. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stehen Erlebnisse über und mit Tieren.

Muslime wollen ein „Parlament“ gründen

Die beiden nationalen Muslim-Verbände bereiten die Wahl einer „Umma Schweiz“ vor, die alle in der Schweiz lebenden Muslime vertreten soll. Angestrebt wird eine „von unten nach oben organisierte Basisorganisation“, sagte **Farhad Afshar**, Präsident der Koordination Islamischer Organisationen Schweiz (Kios). Hauptaufgabe dieser neuen Organisation sei die „demokratische Vertretung der muslimischen Anliegen in der Schweiz“, so

Afshar. Darin würde sich diese „Basisorganisation“ von den bereits bestehenden kantonalen Dachverbänden unterscheiden. Diese seien kulturell und sprachlich-ethnisch organisiert und hätten vorrangig die Aufgabe, die kulturelle Vielfalt zu bewahren.

An der Vorbereitung der Wahl beteiligen sich die beiden nationalen Muslim-Verbände Kios und Fids (Föderation Islamischer Dachverbände der Schweiz).

Erinnerung und Analyse von Dr. Fred Duswald:

Durchkreuzte Kreuzerstörung

Der Plan des liberalen Wiener Kardinalerzbischofs **Christoph Graf von Schönborn**, Österreichs größtes Kreuz verschrotten zu lassen, wurde von treuen Gläubigen durchkreuzt.

Das 40 Meter hohe und 56 Tonnen schwere „Papstkreuz“ aus Stahl wurde im Wiener Donaupark zum ersten Österreich-Besuch **Johannes Pauls II.** errichtet. Vor diesem monumentalen Zeichen der Erlösung feierte der Heilige Vater im Rahmen des Österreichischen Katholikentages am 11. September 1983 mit 350.000 Gläubigen die Heilige Messe.

Erinnerung an 1683

Dieser meistbesuchte Gottesdienst, der je in Österreich gehalten wurde, fand am Vorabend des 300. Jahrestages der Schlacht am Kahlenberg statt. Am 12. September 1683 hatte ein christliches Heer mit 74.000 Kämpfern unter Führung des Polenkönigs **Johann Sobieski** (1629-1696) den Einschließungsring der türkischen Belagerer gesprengt und die Osmanen in die Flucht geschlagen. Die deutsche Kaiserstadt Wien war befreit, das Abendland blieb in Christenhand.

In Wien habe GOTT durch Polen gesiegt, lobte **Johannes Paul** voll des Stolzes bei der Enthüllung einer Gedenktafel auf dem Kahlenberg und verglich die Rettung von Wien mit der Erlö-

sung der Welt durch JESU Tod am Kreuz.

Weniger Freude mit dem Kreuz und seiner Bedeutung hat offensichtlich der heutige Wiener Erzbischof: **Christoph Kardinal Schönborn** befürwortet den EU-Beitritt der Türken und begrüßt die Masseneinwanderung von Moslems. Eine immerwährende Immigration sei notwendig, behauptet **Schönborn**, weil die Deutschösterreicher zu wenig Kinder haben. Die Abtreibung ausdrücklich zu ächten, vermeidet der Kardinal jedoch geflissentlich. In der ORF-Pressestunde* am 3. Dezember 2006 akzeptierte er sogar das lebensfeindliche Laster. „**Schönborns** Ja zur Abtreibung“ sei „neu im katholischen Spektrum“, empfört sich das CV-Portal Der Couleurstudent (s. auch kreuz.net, 5.12.2006).

Kardinal zum Islam

Obwohl der Moslem zum Beten nicht unbedingt des Minarettes bedarf, opponiert **Schönborn** im März 2008 gegen ein Bauverbot für derartige Türme. Daß das Minarett ein Herrschafts- und Siegesymbol des Islam gegenüber dem Christentum darstellt, wurde vom türkischen Ministerpräsidenten öffentlich bekräftigt: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette“ (Die Welt, 22.9.2004).

Als die Freiheitlichen 2009 mit der Parole „Abendland in Christenhand“ in den Eu-

ropa-Wahlkampf zogen, kontertete der Kardinal: „Meine Frage ist nicht, ob das Abendland in Christenhand bleibt, sondern, ob es CHRISTUS im Herzen hat.“ Als ob die Moslems CHRISTUS im Herzen hätten, wenn sie das Abendland in der Hand haben.

Mißbrauch?

Weil FPÖ-**Strache** bei einer Demonstration gegen den Bau einer Moschee in Wien das Kreuz hochhielt, las ihm **Schönborn** in aller Öffentlichkeit die Leviten (Die Presse, 21.5.2009). Er warf dem FPÖ-Vorsitzenden vor, das „Zeichen der Liebe“ als „politisches Kampfsymbol gegen andere Religionen“ mißbraucht zu haben. **Strache** sei ein Haßprediger, heuchelte auch SPÖ-Bundeskanzler **Werner Faymann**: Als Anführer der „Sozialistischen Jugend“ (SJ) hatte **Schönborns** heutiger Verbündeter beim Papstbesuch 1983 eine Hetzkampagne entfesselt, um den „fahrenden Beichtstühlen und goldenen Sesseln“ (APA, 19.8.1983) mit einem „Anti-Papst-Fest“ zu begegnen.

Bei der „Alternative zum Papstrummel“ kam es zu strafbaren Handlungen. Auf Plakaten prangte der Papst als Affe: „17 Monate nach dem Besuch von Papst **Johannes Paul II.** in Österreich sind die Erhebungen wegen ‚Herabwürdigung religiöser Lehren‘ im Zusammenhang mit dem sogenannten Anti-Papst-Fest in Wien-

Oberlaa gegen vier Angezeigte noch immer im Gang. Einer der vier ist der damals federführende Wiener SJ-Obmann **Werner Faymann**“, meldete die Austria Presseagentur am 5. Februar 1985.

Die Vereinbarung

Als nach 25 Jahren beim Papstkreuz korrodierender Rost geortet wurde, faßte **Schönborn** die Gelegenheit beim Schopf, um den Moslems zuliebe das „Kreuz des Anstoßes“ aus der Welt zu schaffen. Im geheimen Gespräch unter Freunden vereinbarte er mit Rotbürgermeister **Michael Häupl** die Beseitigung des gewaltigen Stahlkreuzes und dessen Ersetzung durch eine mickrige Miniatur: „Der Entwurf stammt von Bildhauer **Oskar Höfinger** und stellt den auferstehenden CHRISTUS dar.“ Das Machwerk des Schülers von **Fritz Wotruba** (1907-1975), des Konstrukteurs der dem Brutalismus zuzuordnenden, weil aus 152 chaotisch übereinandergeschichteten Betonblöcken unterschiedlichster Dimension bestehenden „Kirche zur Heiligsten Dreifaltigkeit“ in Wien-Mauer, besteht aus sinnlos verbogenen Stäben: „Ein wichtiges Motiv seines Schaffens ist das Kreuz. Dabei fällt auf, daß er den CORPUS CHRISTI meist ohne Kreuz darstellt. Das Kreuz sei Symbol für das Grauen. **Höfinger** möchte davon wegkommen.“

Fortsetzung Seite 17

Fortsetzung von Seite 16

Was **Höfinger** mit seinem kreuzlosen Machwerk gelang, blieb seinem Gönner **Schönborn** versagt. Die Hoffnung des schlechten Hirten, vom Kreuz wegzukommen, trog: „Allzuviel Diskretion, allzuviel Intransparenz – beides beiden Betroffenen, Stadt Wien wie katholischer Kirche, alles andere als fremd – hat ihren Preis. Als wenige Tage vor Beginn der Demontearbeiten das Vorhaben ruchbar wurde, setzte Sperrfeuer ein“ (Die Presse, 17.6.2010).

Doch keine Geldfrage

Enttäuschte Gläubige bildeten die Initiative „Rettet das Papstkreuz“ und wurden von der Kronen-Zeitung unterstützt. Auch FPÖ und ÖVP nahmen sich des Anliegens an: „Das vom Abriss bedrohte Papstkreuz aus dem Jahr 1983 im Wiener Donaupark muß bleiben“, forderte der freiheitliche **Hans-Jörg**

Jenewein. Dieses christliche Symbol der Nächstenliebe, aber auch der Erinnerung an Papst **Johannes Paul II.** und seinen legendären Wien-Besuch im Jahr 1983 sei ein weiteres Wahrzeichen der Stadt: „Wenn man bedenkt, wie viele Sinnlos-Vereine jährlich Tausende Euro an Subvention für völlig nebulöse Vereinszwecke von der Stadt Wien bekommen oder wenn man daran erinnert, daß die Kunsthalle für ihren pädophilen Aktionismus ebenfalls Förderungen in Millionenhöhe bekommt, dann können die 300.000 Euro für die Sanierung des Papstkreuzes doch wirklich kein Problem für die Stadt darstellen.“

Allein das Marketingbudget der Stadt beträgt fünfzig Millionen Euro. Pro Tag inseriert die SPÖ Wien im Schnitt um 150.000 Euro in diversen Medien, ergänzte die ÖVP. „Das heißt: Durch den Verzicht auf die Inseraten-Schaltungen eines Tages

wäre der städtische Anteil an der Renovierung dieses Wahrzeichens gesichert.“

Wohl oder übel mußte der Rotbürgermeister zurückrudern: „Ich lege Wert darauf zu betonen, daß hier nicht irgendwelche priester- und nonnenfressende Antichristen im Wiener Rathaus sitzen, die das letzte Symbol des christlichen Abendlandes wegreißen möchten. Es ist nicht mein Wunsch, nicht meine Entscheidung und nicht mein Begehren gewesen, das Papstkreuz zu entfernen“, betonte der Bürgermeister.

Lehre aus Historie

Damit war **Schönborn** als alleiniger Urheber des Anschlags auf das Papstkreuz entlarvt. Da aber auch der rote **Häupl** gerade vor der Wahl seine Weste weiß um jeden Preis erscheinen lassen wollte, kam es im Januar 2011 zum Kompromiß, das Papstkreuz unter Teilung der

Alles zurück, wir müssen nach vorne:

Die Vision des Wiener Kardinals

Die Zeit, in der die Kirche die „alles bestimmende gesellschaftliche Realität war“, ist nach Worten des Wiener Kardinals **Christoph Schönborn** vorbei. In einer „Kultur der Freiheit“ müsse man auf die damit einhergehende „veränderte Kirchengestalt“ angemessen reagieren, sagte **Schönborn** bei einer Pressekonzferenz in Wien. Es könne „kein Zurück zum business as usual mehr geben“.

Der Kardinal äußerte sich bei der Vorstellung eines neuen Schrittes auf dem Reform-

weg der Erzdiözese Wien. In einem Pilotprojekt wurde das Dekanat Wien-Favoriten von **Schönborn** beauftragt, im Laufe des Jahres eine Reorganisation von Pfarreien und Gemeinden zu entwickeln. Die Strukturreformen sollten jedoch stets unter der Vorgabe eines missionarischen Aufbruchs und neuer pastoraler Initiativen stehen, erläuterte **Schönborn** das Ziel des Projekts vor Journalisten. Bis Sommer soll ein Zwischenbericht vorgelegt werden. Das Pilotprojekt solle Vorbild für wei-

tere Reformen in den anderen Wiener Dekanaten werden (**Bitte beachten Sie dazu den Leserbrief auf Seite 28**).

Konkret sollen neben einer Verringerung der pfarrlichen Strukturen kleinere christliche Gemeinschaften gefördert oder neu aufgebaut werden. Eine Pfarrei soll künftig mindestens über 4.000 Katholiken verfügen. Fünf Prozent des Pfarrbudgets müssen neuen Initiativen und Projekten gewidmet sein. Die Instandhaltungskosten für Sakralbauten sollen ohne diözesane Zuschüsse

Renovierungskosten zu sanieren. Die Generalsanierung begann im September, wobei das Papstkreuz vollständig abgetragen wurde. Dann wurden die restaurierten Teile mit einem 250-Tonnen-Kran auf das Betonfundament gehoben und wieder zum Kreuz zusammengefügt.

Wie schon 1683 hatte das Gute wieder einmal über das Böse gesiegt. Im biblischen Deuteronomium steht zu lesen: „Denk an die Tage der Vergangenheit, lerne aus den Jahren der Geschichte!“ (32,7).

Die Rettung des Papstkreuzes durch glaubenstreu und geschichtsbewußte Katholiken zeigt, daß die Vision von Wien als Bollwerk gegen Bedrohungen aus dem Osten nach wie vor lebendig ist.

Erneut steht das Kreuz und zeugt von der geschichtlichen Erfahrung: Wien bleibt deutsch, wenn es christlich bleibt und nicht islamisch wird – Wien bleibt christlich, wenn es deutsch bleibt.

auskommen können. Nicht ausgeschlossen wird laut dem Rahmenplan auch eine alternative Nutzung von nicht erhaltbaren Kirchen.

In Wien-Favoriten etwa leben nach Angaben **Schönborns** derzeit 177.000 Menschen; davon seien nurmehr rund ein Drittel katholisch. Nur rund ein Prozent der Bevölkerung beziehungsweise drei Prozent der Katholiken besuchten sonntags den Gottesdienst. „Die Pfarren werden teilweise größer sein“, so **Schönborn**, „aber in jedem Fall offener“.

Neues Buch stellt heilige Messe als „Gesamtkunstwerk“ dar

Eine gelungen gefeierte heilige Messe ist ein „Gesamtkunstwerk“, das alle Sinne anspricht und neben Gotteserfahrung auch Selbstfindung ermöglicht: Darin waren sich der Wiener Dompfarrer **Toni Faber**, der Religionswissenschaftler **Adolf Holl** und der Aktionskünstler **Hermann Nitsch** bei einem Podiumsgespräch am 25. Jänner in Wien einig: ein interessantes Trio.

Das Gespräch war Teil einer Buchpräsentation der Wiener Herder-Buchhandlung in der Donaucitykirche. Für den vom Komponisten **Peter Jan Marthé** herausgegebenen Sammelband „Die Heilige Messe – kultisch, szenisch, sinnlich, mystisch“ hatten **Nitsch** und **Holl** Beiträge verfaßt.

Nitsch und die Messe

Nitsch (wegen seiner dionysischen, bluttriefenden „Orgien-Mysterien-Spiele“ bekannt) äußerte seine Wertschätzung und „Bewunderung“ für die katholische Meßfeier. Er wolle mit sei-

ner Orgien-Mysterien-Theater auf künstlerischem Weg das Erreichen, was die Eucharistie bei gläubigen Christen bewirken kann: den „heiligen Zustand“, ganz in Gott einzugehen.

Eine Parallele zur Messe sieht **Nitsch** – wie er sagte – auch in seiner Ablehnung von „Symbolen“: Wenn bei seinen Events ein Schaf geschlachtet werde, sei das kein Symbol für das gekreuzigte „Lamm Gottes“, sondern „das, was es ist.“ Auch

für Gläubige sei das in jeder Eucharistiefeier vollzogene Opfer Christi ein „reales Geschehen“, „unblutig, aber real“. In einer Zeit, da die Religion „blaß“ werde, halte er es für legitim, einen mystischen Zugang zum Sein und zur Schöpfung durch Kunst zu schaffen, so **Nitsch**.

Faber und die Messe

Dompfarrer **Faber** sagte zum Schaffen **Nitschs**, dieser „lotet Grenzen aus“, etwas, das auch ihn an der Religion besonders fasziniere. Kunst öffne immer wieder Zugänge zur Mystik, hier könne „das Göttliche aufblitzen“. Als Beispiel nannte er

Auch Kardinal hat Diplomatenpaß

„Es lohnt sich andere Modelle der Kirchenfinanzierung zu diskutieren“, das sagte Kardinal **Christoph Schönborn** am 16. Jänner auf Anfrage von Journalisten im Rahmen einer Pressekonferenz über den Fortgang der Wiener Diözesanreform.

Der Wiener Erzbischof nahm damit erstmals öffentlich Stellung zu der am Jahresanfang aufgeflamnte Debatte um eine mögliche Kultursteuer. Als einen berechtigten Aspekt dieses Vorschlags wertete er den Umstand, daß die Kirche zur Zeit selbst eine Großteil der Kul-

turgüter erhalte. Es sei „einfach nicht gerecht, daß die Kirche weit mehr an Mehrwertsteuer zahlt, als sie an Zuschüssen dafür bekommt“, betonte der Kardinal.

Zu den veröffentlichten Katholikenanzahlen verwies der Kardinal auf eine seit den

Alfred Hrdlickas Relief der NS-Märtyrerin Sr. Restituta im Stephansdom. **Faber** hätte auch gerne „einen Nitsch“ im Dom, wie er sagte, das sei derzeit noch nicht möglich, „aber wart“ ma no a bissl“.

Die katholische Kirche im ganzen habe sich nie von der Kunst abgewendet und sei dort erfolgreich gewesen, wo sie das, was vorhanden war, gesegnet habe. So seien viele Kirchen ohne Berührungängste auf zuvor heidnischen Plätzen gebaut worden. „Gott sei Dank“ gebe es diese „Weite“ im Sinn des Wortes „katholisch“, so **Faber**.

Anm.d.Red.: In Anlehnung an **Faber**: „Ja, und heute kommt das Heidentum in die katholische Kirche!“

1980er Jahren feststellbare Grundtendenz, die auch auf absehbare Zeit bleiben werde: Der relativ hohe Sockel an Kirchengeldern signalisiere, „daß sich die Einstellung zur Institution geändert hat. Das heißt aber nicht, daß die Menschen weniger gläubig werden.“

Auf die Frage nach seinem **Diplomatenpaß** sagte der Kardinal: „Ich habe ihn nicht erbeten, sondern habe ihn bekommen.“

Schönborn und Kapellari in der Neuen Zürcher Zeitung

Unter dem Titel „Mißbrauch im Stift Admont“ berichtete die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) über einen mehr als 30 Jahre zurückliegenden Mißbrauchsfall

im Stift Admont. Der Bericht des schweizer Mediums ist bemerkenswert, weil Kardinal **Schönborn** und Bischof **Egon Kapellari** (international erstmalig) wegen „Mit-

wissenschaft und Untätigkeit“ hineingezogen werden. Ein Geständnis wurde angeblich auf Anraten des Anwalts **Schönborns** widerrufen.

Die Innsbrucker Ursulinen geben Bildungsarbeit ab

Mehr als 300 Jahre lang haben sich die **Innsbrucker Ursulinen** in der Bildungsarbeit für Mädchen und Frauen engagiert. Nun geben sie die Trägerschaft ihrer Schule samt Internat ab.

Die „Vereinigung von Ordensschulen Österreichs“ übernimmt mit 1. September das Wirtschaftskundliche Realgymnasium der Ursulinen. Der Studentenunterstützungsverein „Akademikerhilfe“ übernimmt das Internat, das als Studentinnenheim weitergeführt wird. Der Wechsel in der Trägerschaft wurde durch die Altersstruktur des Konvents notwendig. Das heißt wohl konkret: zu wenig Schwestern und diese zu alt.

Pionierarbeit

Der Ursulinenorden ist für seine Pionierarbeit in der Mädchenbildung bekannt. Er entstand aus der 1535 von der heiligen **Angela Merici** in Brescia gegründeten „Compania di Santa Orsola“,

ist auf www.ursulinen.tsn.at zu lesen. Nach Innsbruck kamen die ersten Ursulinen im Jahr 1691. 1705 bezogen sie das Kloster am Innrain mit Internat und Schule. Somit führten die Ordensfrauen die erste und bis 1775 auch einzige Mädchenschule der Stadt. 1904 eröffneten sie die erste höhere Schule für Mädchen in Tirol. 1963 wurde aus der Frauenoberschule das „Wirtschaftskundliche Realgymnasium für Mädchen“. 1979 übersiedelte der Konvent in das heutige Gebäude am Fürstenweg.

Die Ordensschulen

Die „Vereinigung von Ordensschulen Österreichs“ führt derzeit österreichweit 32 Bildungseinrichtungen von acht verschiedenen Ordensgemeinschaften mit insgesamt 5.500 Schülern. Vorrangiges Ziel des Konzepts der Vereinigung ist, „die Grundausrüstung des Gründungsordens möglichst authentisch beizubehalten und weiterzuentwickeln“.

Pilgerfahrt

in die alte Kaiserstadt Trier

zur Ausstellung des Heiligen Rockes.

Dieses heilige Gewand Christi ist in einem Jahrhundert nur wenige Male zu sehen.

Die Pilgerfahrt dauert von **28. April bis 1. Mai 2012**

Abfahrt ist in Blindenmarkt (Niederösterreich), Zustiegmöglichkeiten gibt es entlang der Route.

Auskunft und Anmeldung bei **Rudolf und Regina Lechner**

A- 3372 Blindenmarkt 31, Tel.: 07473/2491

Seelsorglicher Leiter: Pfarrer **Johann Hochwarter**

Erzdiözese Wien entschuldigt sich

Die Erzdiözese Wien hat sich von der Veröffentlichung von Namen von aus der Kirche ausgetretenen Personen distanziert. Davor war bekanntgeworden, daß in einem Pfarrblatt neben den Namen der Täuflinge, Eheschließenden, Eingetretenen und Verstorbenen der Pfarre auch die Namen der im Vorjahr Ausgetretenen veröffentlicht wurden. Die Erzdiözese hielt dazu in einer Stellungnahme fest, „daß dies sowohl nach staatlichen (Datenschutz) wie nach kirchlichen Vorschriften nicht erlaubt ist“. Man bitte die Betroffenen um Verzeihung. Der verantwortliche Pfarrer sei von der Diözesanleitung darauf aufmerksam gemacht worden. Er habe „den Fehler sofort eingesehen und es übernommen, sich bei den betroffenen Menschen persönlich zu entschuldigen“. Die Pfarren würden nach diesem Vorfall erneut auf das Recht von Ausgetretenen auf Vertraulichkeit hingewiesen.

Vom Pfarrer zum Kaplan geworden

Der polnische Priester **Andreas Skoblicki** ist nun Kaplan in Niederösterreich. Er war von „Linkskatholiken“ aus der Diözese Linz aggressiv weggeholt worden. Der ehemalige Pfarradministrator von Kopfung ist Kaplan in der Pfarre Neuhofen an der Ybbs. **Andreas Skoblicki** wird also nun in der Diözese St.

Pölten tätig sein. Man bietet **Skoblicki** die Möglichkeit für einen Neubeginn unter anderen Voraussetzungen. Er ist Bischofsvikar **Helmut Prader** unterstellt.

Man freue sich über jeden, „der im Reich Gottes mitarbeitet“, erklärte dazu Diakon **Markus Riccabona**, Presse-Referent der Diözese St. Pölten. Man lade alle dazu ein,

Skoblicki „eine faire Chance zu geben und ihn nach seinem Wirken in der Pfarre zu beurteilen“.

Vorausgegangen war eine Kampagne gegen **Skoblickis** Seelsorgepraxis. Schließlich wurde er vom Linzer Bischof **Ludwig Schwarz** „entpflichtet“, was vom Bischof später wieder zurückgenommen wurde. Nach längerer

„Auszeit“ **Skoblickis** reichte dieser seinen Rücktritt ein. Sein Wirken in der Diözese Linz wurde mit 31. Dezember 2011 beendet.

Möglicherweise spart sich die Diözese St. Pölten was: ein Kaplan kommt sicherlich billiger als ein Pfarrer. Ob das dem polnischen Priester gegenüber als fair bezeichnet werden kann?

Volksbefragung in Gföhl zum Buddhisten-Tempel

Zwei Drittel lehnten Stupa ab

Am 12. Februar wurde in der Stadt Gföhl (Diözese St. pölten, Niederösterreich) das Volk befragt, ob eine buddhistische Stupa gebaut werden solle oder nicht. Das Ergebnis ist beeindruckend: mehr als zwei Drittel der abgegebenen gültigen Stimmen sind gegen den Bau des Buddhisten-Klosters in ihrer Waldviertler Heimat.

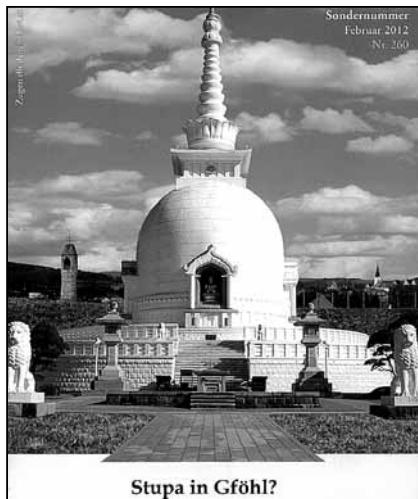
Das Vorfeld

„Der 13.“ berichtete in der vergangenen Ausgabe ausführlich über die Diskussion. Die Befürworter sahen das Hauptargument für den Bau vor allem in der Tourismusbelebung. Nicht einig in der Frage waren sich nicht zuletzt der katholische Bischof **Klaus Küng** und der Abt des Klosters Altenburg **Christian Haidinger**. Was **Küng** vor allem störte, war, daß eines der Hauptargumente die Hoffnung auf Tourismusbelebung ist, sagte er in der St. Pöltner Kirchenzeitung „Kirche bunt“. Das sei „ein sehr stark materieller Schwerpunkt“, dessen Erfolgsaussichten zweifelhaft erscheinen. Die Frage, warum in einer an Buddhisten nicht gerade reichen Gegend die größte Stupa Europas gebaut werden soll, bewege die meisten Diskussionsteilnehmer und auch ihn.

Der Bischof äußerte sich damit im Vorfeld der Volksbefragung zum Projekt am 12. Februar. Die Gföhler Bevölkerung sollte dabei entscheiden, ob das betreffende Grundstück für die Errichtung des „Sakralbaus“

umgewidmet werden solle.

An dieser Vorgangsweise hatten sich auch politische Konflikte entzündet. Aber auch in der Kirche gab es unterschiedliche Stimmen zum Bauprojekt: Eine Ablehnung der Stupa dürfe nicht „mit ei-



Stupa in Gföhl?

ner Wahlbeteiligung von mehr als der Hälfte, nämlich genau 52,37 Prozent. Von den 1873 gültigen Stimmen entfielen 617 auf „Ja“ (für die Buddhistenstupa) und 1256 auf „nein“ (damit gegen die buddhistische Stupa).

Viele haben Anteil an dem guten Ergebnis der Volksbefragung in Gföhl: Günter Annen (CSA), „Der 13.“, die Priesterbruderschaft und viele, viele andere. Danke allen!

ner unsachlichen Diffamierung des Buddhismus verbunden“ werden, hieß es schon in einer öffentlichen Erklärung Mitte Dezember des Vorjahres. Unterzeichner waren unter anderem der Altenburger Abt **Christian Haidinger**, der Dekan der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien, **Martin Jäggle**, und „Furche“-Herausgeber **Heinz Nußbaumer**.

Das Volk entschied

Das befragte Volk entschied dann am 12. Februar sehr klar und eindeutig: 1914 Wahlberechtigte gaben ihre Stimme ab. Das entsprach ei-

Mehr als zwei Drittel sagten zu dem heimatfremden, nicht katholischen Denkmal in Gföhl ein sehr deutliches „nein“.

Priesterbruderschaft

Interessant scheint der Redaktion des „13.“, daß bei der Ablehnung des Buddhisten-Denkmal die wertkonservative katholische Priesterbruderschaft Pius X. eine wesentliche Rolle spielte. In der Nähe von Gföhl liegt nämlich der Sitz des „Distrikts“ (so nennt sich bei der Priesterbruderschaft der Hauptsitz) in Jaidhof. Distriktsobere Pater **Helmut Trutt** gab zur Volksbefra-

gung eine sehr informative Sondernummer des Publikationsorgans heraus. Titel: „Stupa in Gföhl?“

Aggressiver Buddhismus

Diese Sonderausgabe nahm sich kein Blatt vor den Mund und sagte zum Buddhismus, was Sache ist. In dieser Sonderausgabe des Zentralorgans der Priesterbruderschaft werden die Schattenseiten des Buddhismus dargestellt, die okkult-dämonische Ausprägung des Buddhismus, die heute in der westlichen Welt gerne verschwiegen wird.

Es kommt in der Sonderpublikation **Pater Trutts** sogar die (wissenschaftlich belegte) Horror- und Dämonenikonografie des Buddhismus zur Sprache, die sadomasochistische Lust am Makabren und Aggressiven, die sich in den Schreckenskammern in tibetisch-buddhistischen Klöstern zeigt. – Ein Zitat gefällig? „Daß die Scheidewand zwischen Gewalt-Imagination und realer Ausführung viel zu dünn ist, zeigt das Beispiel des äußerst brutalen Ritualmordes, der in Dharamsala am 4. Februar 1997 an einem Vertrauten des **Dalai Lama (Lobsang Gyatso)** sowie an zweien seiner Schüler verübt wurde.“ Und noch ein Zitat: „Das politisch aggressive Motiv im Buddhismus wirkt zunächst befremdlich. Im Tantra sind Mittel wie Mord und Krieg legitim, wenn sie der Errichtung eines weltweiten (buddhistischen) Friedensreiches dienen.“

PERSONALIA

Josef Kolmhofer, langjähriger Obmann des Präferenzvereins der Diözese Linz und Ehrensensator der Katholisch-Theologischen Privatuniversität (KTU) Linz, ist mit der Komtur des päpstlichen Silvesterordens ausgezeichnet worden. Der 77jährige **Kolmhofer** ist seit 1982 Obmann im Katholischen Präferenzverein der Diözese Linz, einer Gründung von Bischof **Franz Joseph Rudigier** (1811-1884) zur Förderung der kirchlichen Pressearbeit. Von 1986 bis 2005 war er Vizepräsident der Missions-Verkehrs-Arbeitsgemeinschaft (MIVA). Eine besondere Beziehung hat **Josef Kolmhofer** zur KTU, die er seit der Errichtung des „Bischöflichen Fonds zur Förderung der KTU“ 1991 unterstützt. Ab dem Jahr 2000 war er ein Jahrzehnt lang Vorsitzender des Verwaltungsrats der heutigen Privatuniversität. 2007 ernannte die KTU **Kolmhofer** zum Ehrensensator.

Der Linzer Bischof **Ludwig Schwarz** und die Missionsstelle der Diözese Linz haben zum zweiten Mal an fünf Preisträger den Missionspreis der Diözese Linz verliehen. Ausgezeichnet wurden fünf lokale pfarrliche Initiativen. Ausgezeichnet wurden der Fachausschuß Mission der Pfarre Bad Hall, die Bastelrunde der Katholischen Frauenbewegung Garsten, das Trauner Pfarrcafé, der Verein Eine Welt der Pfarre St. Magdalena in Linz und die Pfarre St. Marien. Weiters wurden fünf Anerkennungspreise verliehen.

Der Regens des Linzer Priesterseminars, **Johann Hintermaier**, wurde zum Bischofsvikar für den Bildungsbezirk ernannt. Zu **Hintermaiers** Arbeitsgebiet gehört die Begleitung der Bildungsangebote in der Diözese Linz. Er ist für die Katholisch-Theologische Privatuniversität Linz (KTU), die Private Pädagogische Hochschule der Diözese Linz, den Bereich Bildung und Kultur des Pastoralamts mit dem Katholischen Bildungswerk sowie die Bildungshäuser zuständig. **Hintermaier** übernimmt diese neue Aufgabe zusätzlich zu seinem Amt als Regens.

Kathpress-Chefredakteur und Leiter des Medienreferates des Österreichischen Bischofskonferenz **Dr. Paul Wuthe** wurde zum Berater des Päpstlichen Medienrates ernannt.

Der katholische Publizist **Hubert Feichtlbauer** wurde am 7. Februar 80 Jahre alt. Als Journalist war **Feichtlbauer** beim „Linzener Volksblatt“, bei den „Salzburger Nachrichten“, bei „Wochenpresse“ und „Kurier“ tätig, er war Pressechef der Bundeswirtschaftskammer und Generalsekretär der Österreichischen Liga für die Vereinten Nationen. Von 1979 bis 1991 war er Vorsitzender des Verbands der katholischen Publizisten Österreichs. Von 1998 bis 2000 stand er der Plattform „Wir sind Kirche“ vor und ist seither Ehrenvorsitzender.

Kirchen-Zeitungen

Von einem starken Rückgang der Abonnenten- (und damit Auflagen-) Anzahl berichtet der kath.net-Pressediensdienst.

Die österreichischen Kirchenzeitungen verlieren zum Teil massiv an Leserschaft. Dies ergibt die im Dezember veröffentlichte Statistik der Österreichischen Auflagenkontrolle (ÖAK), in der vier österreichische Kirchenzeitungen aufscheinen. In der Statistik des 1. Halbjahrs 2011 wird beispielsweise für den „Sonntag“, der Kirchenzeitung der Erzdiözese Salzburg wurden für die 1. Hälfte 2011 nur mehr 8.839 Abos ausgewiesen, ein halbes Jahr zuvor lag die Abozahl in der 2. Hälfte 2010 noch bei 9.011 Stück. In den Jahren zuvor gab es 2009 8.307 Abos und 2008 8.425 Abonnenten. Das Rupeusblatt sorgte in den vergangenen Jahren bei Katholiken für Diskussion, weil man de facto dem eigenen Weihbischof **Andreas Laun** die wöchentliche Kolumne gestrichen hat. Die Folge waren etliche Abbestellungen durch gläubige Katholiken und noch mehr finanzieller Zuschuß durch die Kirchensteuerzahler. Diese Subvention soll sich übrigens seit Jahren in einem sechststelligen Bereich befinden.

Aktuelle Zahlen?

Auch bei der als besonders liberal geltenden Linzer „Kirchenzeitung“ geht der Rückgang an Lesern massiv weiter. Für das 1. Halbjahr 2011 wurden noch 33.090 Stück im Direktverkauf ausgewiesen. Die akuten Zahlen, die noch nicht veröffentlicht wurden, könnten bereits wiederum darunter liegen. Im Vergleich dazu wurden im 2. Halbjahr 2010 noch 34.002 im Direktverkauf ausgewiesen. In den Jahren zuvor waren es 2009 34.947 Stück und 2008 noch 36.334 Stück. Damit verlor die Linzer „Kirchenzeitung“, die von romtreuen Katholiken kaum mehr gelesen wird, in

den vergangenen Jahren etwa 1000 Abonnenten pro Jahr. Dies entspricht bei einem Abopreis von derzeit 43,50 Euro immerhin jedes Jahr etwas über 40.000 Euro an verlorenen Einnahmen.

Gestrichene Kolumne

Etwas verloren, wenn auch auf sehr niedrigem Niveau, hat laut ÖAK bei den Abozahlen auch das Salzburger „Rupertusblatt“. Für die Kirchenzeitung der Erzdiözese Salzburg wurden für die 1. Hälfte 2011 nur mehr 8.839 Abos ausgewiesen, ein halbes Jahr zuvor lag die Abozahl in der 2. Hälfte 2010 noch bei 9.011 Stück. In den Jahren zuvor gab es 2009 8.307 Abos und 2008 8.425 Abonnenten.

Das Rupeusblatt sorgte in den vergangenen Jahren bei Katholiken für Diskussion, weil man de facto dem eigenen Weihbischof **Andreas Laun** die wöchentliche Kolumne gestrichen hat. Die Folge waren etliche Abbestellungen durch gläubige Katholiken und noch mehr finanzieller Zuschuß durch die Kirchensteuerzahler. Diese Subvention soll sich übrigens seit Jahren in einem sechststelligen Bereich befinden.

Noch dramatischer sind die Zahlen des Bistumsblatts der Diözese Gurk-Klagenfurt. Für das 1. Halbjahr 2011 wurden noch 6.366 im Direktverkauf ausgewiesen, ein Halbjahr zuvor waren es 2010 noch 6520 Stück. 2009 hatte die Kirchenzeitung von Gurk-Klagenfurt 6.655 und 2008 noch 6.801 Abos.

Mit Islamisten gibt es keinen Dialog

Islamismus und Demokratie vertragen sich nicht

Sehr skeptisch zur politischen Entwicklung im Nahen Osten hat sich der Politikwissenschaftler syrischer Herkunft, **Bassam Tibi**, geäußert. Zugleich warnte er bei einem Vortrag in Wien die westlichen Staaten davor, die Scharia in ihre jeweilige Politik einfließen zu lassen. Das wäre das Ende Europas.

Die Muslimbrüder und die Organisation „Milli Görüs“ hätten im Westen bereits gut ausgebildete Netzwerke und seien mit den gesetzlichen Gegebenheiten bestens ver-

traut, sagte **Tibi**. „Mit Islamisten gibt es keinen Dialog. Islamismus und Demokratie vertragen sich nicht.“

Der Arabische Frühling werde „keine Demokratie“,

und der folgende Scharia-Staat „nichts Positives hervorbringen“. Der auf den Arabischen Frühling folgende Winter werde sehr frostig werden.

Der deutsche Politikwissenschaftler hatte erst vor wenigen Monaten eine ernüchternde Bilanz seines Bemühens gezogen, einen modernen europäischen Islam zu schaffen. Er habe für sein Anliegen Anhänger gefunden, und sie hätten voriges Jahr in Deutschland eine Bewegung gegründet: den Verband europäisch-demokratischer Muslime, sagte **Tibi** der „Kleinen Zeitung“: „Aber ich muß offen sagen, daß Islamisten in Europa, auch hier in Österreich, stärker sind als wir.“

Ohne Glaube an Göttlichkeit Jesu sind Christen „anonyme Muslime“

Einen „versteckten Arianismus“ stellt der Wiener Dogmatiker **Jan-Heiner Tück** im Blick auf heutige Glaubensvorstellungen fest: „Man tut sich schwer, JESUS als Sohn GOTTES zu bekennen“, schreibt **Tück** in der Wiener Kirchenzeitung. Eine korrekte Analyse.

Dabei wäre das Bekenntnis zur Göttlichkeit JESU gerade heute im Dialog mit dem Islam wichtig, wies der Theologe hin. „Ein Christ, der das Christusbekenntnis neo-arianisch in Zweifel setze, kann leicht als ‚anonymer Muslim‘ vereinnahmt werden, denn Muslime lehnen die Gottessohnschaft JESU bekanntlich ab und ordnen ihn in die Reihe der Propheten ein.“

Erinnerung an Arius

Der Dogmatik-Professor erinnerte damit an **Arius** (um 260 bis 336), daß es nur einen wahren GOTT gebe und JESUS CHRISTUS ein – besonders ausgezeichnetes – Geschöpf sei. Seine Lehre wurde beim Konzil von Nikaia 325 verworfen. Demgegenüber wurde laut **Tück** in „griechischer Wesensterminologie“ klargestellt, daß

und der folgende Scharia-Staat „nichts Positives hervorbringen“. Der auf den Arabischen Frühling folgende Winter werde sehr frostig werden.

Christus, der Herr

Die Christologie der altkirchlichen Konzilien werde heute oft „als nachösterliche Überhöhung hingestellt“, sagt **Tück**. Leichter erscheine es, in JESUS ein Vorbild der Humanität, einen Lehrer der Menschlichkeit, einen beeindruckenden Rabbi und Gleichniserzähler zu sehen. Demgegenüber weist der Dogmatiker **Tück** darauf hin, daß das Bekenntnis „JESUS CHRISTUS ist der HERR“ einen Anhaltspunkt bereits in der Verkündigung und Praxis JESU hat. In der Bergpre-

digt etwa beansprucht JESUS göttliche Autorität, ER hat sich über bestimmte Reinigungsvorschriften hinweggesetzt und am Sabbat geheilt. Schließlich habe ER gefordert, „daß seine Jünger ihm als Person nachfolgen – für gläubige Juden bis heute eine provozierende Anmaßung“. Jedenfalls hat der Wiener Dogmatiker eine klare Analyse gegeben.

PERSONALIA

Der emeritierte Wiener Weihbischof **Helmut Krätzel** ist vom Österreichischen Wirtschaftsband ausgezeichnet worden. Wirtschaftsband-Präsident **Christoph Leitl** verlieh die **Julius-Raab-Ehrenmedaille in Gold** weiters auch an **Hugo Portisch** und **Gustav Peichl**. Die **Medaillenvergabe bildete den Höhepunkt zum Abschluß des Gedenkjahres zu Ehren des 120. Geburtstages von Altbundeskanzler Julius Raab**.

Gemeinschaft im Handeln bedarf der Einheit in der Glaubenslehre

Teil I - Fortsetzung in der nächsten Ausgabe

VON BISCHOF DR. KURT KRENN

Ende September 1990, also vor mehr als 20 Jahren, hielt Bischof Prof. Dr. **Kurt Krenn** im Internationalen Center von Unisys (Computersysteme/Informationstechnologien) in Saint Paul de Vence bei Nizza einen Vortrag. Das Thema war „Die Gemeinschaft im Handeln bedarf der Einheit in der Glaubenslehre“. Der damalige Wiener Auxiliärbischof stellte den Text (wie alle seine öffentlichen Vorträge, Predigten und Stellungnahmen) der Redaktion des „13.“ zur Verfügung. Das tiefe Vertrauen, das Bischof **Kurt Krenn** der Redaktion des „13.“ entgegenbrachte war auch der Grund dafür, daß ihm Eigentümer, Herausgeber und ein Kreis von Freunden kürzlich den Titel „Ehrenherausgeber“ verliehen. Nach wie vor sehen wir in Bischof **Kurt Krenn** jene Persönlichkeit, die Motiv und geistig-geistlichen Hintergrund für alle unsere Arbeiten und Bestrebungen darstellt. Nach unserem Wissen ist der Text bisher noch nie gedruckt worden, ist somit eine Erstveröffentlichung. Er ist heute so aktuell wie damals.

Die Red. dene Egoismus des souveränen Staates war bisher die Grundlage für das Spiel der Kräfte. Wird das neue Europa statt des souveränen Egoismus eine neue Solidarität des Handelns und eine neue Vorrangigkeit in der Ordnung Europas erzwingen?

Neue Prinzipien

Wenn wir von gewissen Verträgen und von den Menschenrechten, deren Verwirklichung sehr verschieden in den souveränen Staaten vor sich geht, absehen, gilt in unserer Epoche fast immer nur der souveräne Staat als die Quelle von Recht, Gerechtigkeit und Gesetz. Nunmehr jedoch wollen Staaten in verschiedenem ökonomischen und politischen Zustand in das gemeinsame Haus Europa einziehen. Der wohl verstan-

die Recht, Gesetz und Ordnung im gesamten tragen.

Das Wesen der Kirche

Von solchen Veränderungen wird auch die Kirche nicht unberührt bleiben. Vieles ist in der Kirche gleichsam parallel zu den Rahmenbedingungen des souveränen Staats geordnet, ob dies die öffentlich-rechtliche Stellung, der schulische Religionsunterricht, die von einem Konkordat geregelten Materien, der Zugang zu den Massenmedien, der Kirchenbeitrag, die Religions- und Gewissensfreiheit, die Eigenständigkeit in der Selbstgestaltung unter anderem sind, was mit einem Zurücktreten der staatlichen Souveränität auch für die Kirche in eine neue Ordnung gestellt werden muß. Die Kirche hat je-

doch auch immer schon We- sensstrukturen, die die Enge der Staatssouveränität übersteigen. Es liegt im Wesen der Kirche, zuerst die universale Kirche auf der ganzen Welt für alle Menschen zu sein; längst bevor den Menschen die Idee von einem geeinten Europa, oder von einer funktionierenden Welt-Völkergemeinschaft kam, hatte die katholische Kirche immer schon „Europa-Fähigkeit“ beziehungsweise „Weltfähigkeit“ in ihrem Wesen.

Die eine Kirche

Auch wenn mit dem Zweiten Vatikanischen Konzil eine gewisse Stärkung der örtlichen Gegebenheiten sowie der kulturellen und regionalen Besonderheiten erfolgte, war der Vorrang der „Gesamtkirche“ vor jedweder „Teilkirche“ niemals in Frage gestellt. Denn die Gesamtkirche bemißt die Teilkirche in ihrem Wesentlichen, denn nur die Gemeinschaft in der Lehre des Glaubens und die hierarchische Gemeinschaft legitimieren eine Teilkirche, das heißt eben als eine Verwirklichung der Gesamtkirche. Von daher sollte auch mancher üblich gewordene Wortgebrauch heute vermieden werden; es ist nicht ganz korrekt, die „Kirche von Österreich“ oder die „Kirche von Wien“ oder gar die Kirche von irgendeiner Pfarre als Denominationen zu verwenden; zutreffender wäre es, von der „Kirche in Österreich“ und „in Wien“ zu sprechen, um bewußt zu halten, daß die Kirche „eine“ Kirche ist, in dieser Welt als Gesellschaft verfaßt und geordnet.

Kinderaugen

Ein alter Missionar, von Freunden aufgenommen, wird von deren Töchtern **Marita** mit Fragen nach Gott, Jesus, Schöpfung und Kirche überschüttet. Das Mädchen im Frage-Alter öffnet inmitten kurzer alltäglicher Begebenheiten viele Türen zum Glauben. Das ist, kurz gesagt, der Inhalt des Buches. Ihr Vater ist bildender Künstler und hat das 320-Seiten-Buch über seine Tochter farbig reich illustriert. Bildhafte, kurze

Horrer Winfried Pietrek

Wie halten sich die Sterne fest?

Die Welt mit den Augen eines Kindes gesehen



Das Mädchen Marita

Sätze erleichtern das Lesen beziehungsweise das Vorlesen für Kinder, obwohl das Buch zuerst für Erwachsene geschrieben ist. Ein liebenswürdiges Buch. **Pfarrer Winfried Pietrek** hat es dem Mädchen **Marita** gewidmet, das früh von Gott gerufen wurde.

„Wie halten sich die Sterne fest? Die Welt mit den Augen eines Kindes gesehen“. Ein 320-Seiten-Buch mit zahlreichen farbig illustrierten von **Vincenz Frigger**. Bezugsquelle beim Text-Autor (gegen Spende): Pfr. **Winfried Pietrek**, Pf 2168, D-59531. Lippstadt.

Schicksalsjahr 1683 als packende Erzählung

1683 war eines der Schicksalsjahre der europäischen Geschichte. In diesem Jahr spielte sich vor den Toren Wiens eine der dramatischsten Schlachten im Kampf um die Vorherrschaft der Osmanen über das südöstliche Europa ab.

Die Hauptbeteiligten sind der ebenso fähige wie skrupellose Großwesir **Kara Mustafa** auf der einen Seite und Kaiser **Leopold** sowie die Feldherren Graf Starhemberg und König **Johann III. Sobieski** von Polen auf der anderen Seite. Erst durch die Niederlage des weit über 100.000 Mann zählenden türkischen Heeres vor Wien konnte in den folgenden Jahren ganz Ungarn mit dem heute rumänischen Siebenbürgen und Kroatien von der türkischen Herrschaft befreit werden. Dadurch wurde eine Entwicklung in Gang gesetzt, die es später auch den Balkanstaaten von Serbien bis Griechenland und Rumänien ermöglichte, die Herrschaft des Sultans abzuschüt-

Manche Politiker glauben an Hellseher

Zu allen Zeiten haben Herrscher und Politiker Rat bei Astrologen oder Hellsehern gesucht. Bis in unsere Tage gibt es Entscheidungsträger, die neben ihren offiziellen Beratern auch auf diesem Wege Hilfe suchen.

Stefan Berndt führt durch diesen interessanten Teil der Geschichte. Der Bogen spannt sich dabei von **Wallenstein** und **Napoleon** über **Hitler**, **Himmler** und den Okkultismus im Dritten Reich bis zu den Wahrsage-

ten und die Freiheit zu erlangen.

John Stoye Buch ist das Standardwerk zum Thema. Es wurde in viele europäische Sprachen übersetzt, zuletzt 2009 ins Italienische, und wird vom Autor laufend am neuesten Stand der Forschung gehalten. Die kürzlich in Großbritannien erschienene aktualisierte Neuauflage bildet auch die Grundlage der deutschen Neuauflage. Kein anderes Werk behandelt die Türken-schlacht vor Wien ähnlich umfassend und zugleich eingebettet in den historischpolitischen Gesamtzusammenhang der europäischen Geschichte.

Prof. **John Stoye** ist emeritierter Dozent für Neuere Geschichte am Magdalen College der Universität Oxford.

Eine der eindrucksvollsten Szenen des Werkes ist die Schilderung des Generalangriffs der vereinigten polnisch-deutsch-österreichischen Truppen gegen die

Türken. Der Vorstoß begann bei der größten Hitze von drei Uhr 20. Um 5 Uhr 30 war die Schlacht vorbei, als **Kara Mustafa** mit einem ungeordneten Rückzug begann. Es gelang ihm aber, die mohamedanische Standarte, die Fahne des Propheten, zu retten. Wien war befreit. Der Kräftevergleich zwischen Islam und Christentum war damals vorbei.



John Stoye: Die Türken vor Wien. Schicksalsjahr 1683. Aus dem Englischen von Fred Jannuth. 280 Seiten, Farb- und S/W-Abbildungen, 15 x 23 cm, Hardcover, ISBN 978-3-902475-87-9. Preis: Euro 19,90

zeigungen zur Zukunft Europas“ (2009) und eine viel beachtete Biographie des bayerischen Hellsehers **Alwis Irlmaier** (2009). Der Leser findet in diesem Buch ungläubliche Hinweise auf politische Charaktere.

Stephan Berndt: Hellseher und Astrologen im Dienste der Macht. Die geheimen Einflüsse auf Politiker und Herrscher. 392 Seiten, 15 x 23 cm, Hardcover. ISBN 978-3-902475-96-1. Preis: Euro 24,90.

LESER SCHREIBEN...

Erinnerung an Türkenkriege

Denkmäler prägen das Bild des „bösen Türken“, las man kürzlich in einer Tageszeitung. Geschichtsverfälschung rund um die Türkenkriege? Dieser Artikel ist typisch für das empörende Bestreben (mittlerweile auch in Schulbüchern), wichtige historische Fakten aus dem allgemeinen Bewußtsein verschwinden zu lassen: Ein Jahrtausend lang mußte sich Europa der existenziellen Bedrohung durch einen aggressiv-imperialistischen Islam erwehren, der größtenteils

(friedlich!) christianisierten Mittelmeerraum unterworfen hatte und immer wieder versuchte, auch den Rest Europas zu erobern. Fast die Hälfte dieser Zeit war dies das türkisch-osmanische Reich, das etwa in Österreich und Ungarn die Bevölkerung ganzer Landstriche durch Massakerien und Verschleppen unter zahllosen Grausamkeiten weitgehend ausrottete.

Wohlgemerkt: Nicht österreichische Truppen haben zweimal Istanbul belagert,

sondern türkische Wien! Das Dauertrauma im kollektiven Bewußtsein ist selbstverständlich.

Daß man von türkischen Entschuldigungen bisher nichts gehört hat – laut diesem Artikel selbst! – türkische Kinder in Österreich die Türkenbelagerungen mitunter sogar positiv sehen, bestätigt: Warum sollen diese historischen Wahrheiten unterdrückt oder kleingeredet werden? Und welches Beispiel gäbe das für die Erinnerung an spätere Eroberungsfeldzüge, Gräueltaten und Völkermorde, namentlich jene des 20. Jahrhunderts?

Dr. Heinz Keinert
A-4020 Linz

Die evangelische Kirche und ihre Haltung zum Islam

Mit Sorge ist die Förderung der Ausbreitung des Islams in Deutschland durch die evangelische Kirche zu beobachten. Der Islam gehört nicht zu Deutschland, wie Bundespräsident **Wulff** irrtümlicherweise meint.

Der Islam ist eine totalitäre antichristliche Ideologie, deren Doktrin unabänderlich im Koran festgelegt ist. Der Koran genießt bei den Muslimen göttliche Autorität und ist für alle Muslime verbindlich. Kritik am Koran gilt im Islam als Blasphemie.

Während die Bibel den Christen die Anwendung von Gewalt in Glaubensfragen verbietet, fordert der Koran die Christenverfolgung (siehe www.fachinfo.eu/fi034.pdf). Als Folge wurden in der Geschichte viele Christen um ihres Glaubens willen von Muslimen getötet, gegenwärtig jedes Jahr Tausende von Christen.

Der Koran verbietet Religionsfreiheit, die zu den Grundlagen des freiheitlichen Rechtsstaates gehört. Der Koran fordert die Anwendung von Gewalt zur Ausbreitung des Islam (siehe www.fachinfo.eu/fi033.pdf). Kürzlich hörte ich im Radio von einem neuen Massenmord im Irak durch Muslime. Die religiös motivierten Morde durch Muslime werden durch den Koran gerechtfertigt und werden durch die koranische Verheißung paradiesischer Belohnungen gefördert.

Zu erwähnen ist die Vernichtung des World Trade Centers (WTC) durch Muslime. Wöchentlich hört man von Morden durch Muslime. In Großbritannien soll es bereits dreitausend Ehrenmorde durch Muslime gegeben haben. In Afghanistan setzen deutsche Soldaten ihr Leben aufs Spiel wegen der Gewalt-

bereitschaft von Muslimen. Muslime fordern die Beseitigung des Staates Israel und haben Morde an Zivilisten begangen, um dieses Ziel zu erreichen.

Muslimische Verantwortungsträger fordern die Islamisierung Deutschlands, was das Ende des freiheitlichen Rechtsstaates bedeuten würde. Islamische Lehrstühle an Universitäten sowie der einzuführende islamische Schulunterricht beschleunigen diese Entwicklung.

Die erwähnte Förderung des Islam durch die Evangelische Kirche wirft die Frage auf, ob das Kirchensteuersystem noch mit den Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates vereinbar ist und eigentlich abgeschafft werden müßte. Zu fragen ist auch, ob die finanzielle Unterstützung der Evangelischen Kirche durch praktizierende Christen noch zu rechtfertigen ist.

Dr. Hans Penner
hans.penner@iavg.org

Rohstoff-Versorgung

Der Bericht über die Forderung von Homosexuellenrechten für finanzielle Unterstützung bewegt mich. Ich sehe zwar keine Möglichkeit einen Ersatz für Zahlungen der USA zu finden. Ich könnte mir aber vorstellen, daß Leute, die

überlegen, derartige Hilfsangebote aus moralischen Gründen abzulehnen, vertrauenswürdige Partner für die Rohstoffversorgung, beispielsweise Kupfer, sein könnten.

Gustav Kollisch
A-4020 Linz

Schreiben einer Opferseele und Reaktion eines Lesers

Eine schlichte Frau unserer Tage, Mutter mehrerer Kinder, wegen ihrer heroischen Leidensfreudigkeit bewundert von denen, die sie kennenlernen und erleben durften; eine Frau, die wegen ihres ständigen und mutigen Fiat zum Opfer und Leiden für die Rettung der Seelen und die Interessen der heiligen Kirche hoher mystischer Gnaden gewürdigt wird, schrieb folgendes Erlebnis nieder:

Ich sitze in der Straßenbahn am Fenster und bete den Rosenkranz. Auf einmal leuchtet es hell auf. Ich erschrecke, denn JESUS ist mir zur Seite und sagt: „Schau die Mördergrube!“ Ich schaue nach rechts und nach links und sage: „HERR, rechts ist nur Land. Meinst Du etwa dieses hier, wo auf dem beleuchteten Kreuz „Frauenklinik“ steht?!“ JESUS sagt: „Die meine ICH. Von denen gibt es noch mehr und werden noch mehr erstehen. Bete für die Ärzte und alle Beteiligten, besonders für die Mütter, die die Kinder töten und töten lassen, noch ehe sie zum Leben geboren werden! In der Nacht werde ICH dir noch mehr darüber sagen.“

In der Nacht zeigt mir der HERR ein grausiges Bild: Ich sehe die Erde, bedeckt mit den kleinsten Kinderleichen. Es ist so furchtbar, daß ich in meiner Aufzeichnung schreibe: Ich sehe den Kindermord von Bethlehem tausend- und millionenmal vergrößert. Ich weinte, als ich dieses grauenhafte Bild sah.

Der HERR aber spricht: „Der unreine Geist hat an allen Türen angeklopft. Die meisten sind ihm geöffnet

worden. Wehe denen, die auf ihn hören! Über Nacht werden sie samt ihren Häusern im Pfuhl ihrer Sünden versinken! Man steht an den Gräbern und weint über das einzige Kind, das GOTT ihnen nahm, das sein Eigentum ist. Aber über die anderen, die man grausam dahinnordet, weint man nicht! Vielmehr rückt die Zeit heran, da man glaubt, GOTT und den Menschen einen Gefallen zu tun, wenn man diese Kleinen dahinnordet. Gesegnet ist jedoch jedes Haus, in dem ein Sühnopfer wohnt!“

Dann sehe ich am Firmament unzählige Kinderköpfe. Ich sage: „HERR, das sind doch keine Engelsköpfe!“ Der HERR antwortet: „Das sind sie, diese Kleinen, denen das Leben genommen wurde. Sie werden die Ankläger im Gericht sein! Bete für die Mörder, daß ihnen noch Gnade im Gericht zu noch mehr und werden noch mehr werde!“ Ich frage weiter: „HERR, warum hast Du mir das gezeigt und gesagt? Ich weiß, diese werden GOTT nie schauen.“ JESUS sagt: „**Maria**, du hast eine große Aufgabe zu erfüllen. Diese Kleinen können zur Anschauung GOTTES gelangen... Gib weiter, was ICH dir sage, auch an meine Priester! Du wirst auf Widerstand stoßen; aber mit der Zeit wird man erkennen und das tun, was zur Freude dieser Kleinen dient! Ihr könnt sie taufen! Zuerst bete das Glaubensbekenntnis! Dann nimm Weihwasser, spreng es nach allen Richtungen und sprich diese Worte: Euch alle, die ihr am Tag und in der Nacht tot geboren wurdet und noch

tot geboren werdet, euch

alle, die ihr im Leib eurer Mutter getötet wurdet und noch getötet werdet, damit ihr alle durch JESUS CHRISTUS zum ewigen Leben gelanget, (hier gib allgemein den Taufnamen **Maria, Josef, Johannes** und den Tageheiligen!) taufe ich im Namen des VATERS und des SOHNES und des HEILIGEN GEISTES! GOTT läßt das Taufwasser über das Haupt der Täuflinge gehen und bestimmt für den einzelnen den Namen. Nach der Menge des Weihwassers – hier verstehe MICH wohl und erfasse, was ICH sagen will – so oft ihr tauft, und ihr könnt es nicht oft genug tun, so oft werden euch die kleinen Seelen geschenkt, denen ihr den Himmel geöffnet habt. Am Schluß bete ein Vater unser, ein Ave Maria und ein Ehre sei dem Vater!“

MEINE barmherzige Liebe ist es, die überströmende Liebe meines VATERS und unseres Geistes, die sich in dieser Zeit der Verwirrung und Verirrung offenbart und UNS drängt, den gemordeten Kleinen ein rettender und beglückender GOTT zu sein. Erinnert euch immer dieser unserer Liebe. Kleide das Glaubensbekenntnis und die Taufworte in Psalmworte und Worte dankbarer Gegenliebe! ICH helfe dir. Damit auch die ganz einfachen Seelen diesen Kleinen helfen können, schreibe noch einmal auf, wie ICH es wünsche!“

Taufe der Ungeborenen
„SEINES Herzens Sinnen waltet von Geschlecht zu Geschlecht, ihre Seelen dem Tod zu entreißen und sie im Hunger zu nähren! (Ps 32,11.19)

Ich glaube an GOTT... Euch alle, die ihr am Tag und in der Nacht tot geboren wurdet und noch tot geboren werdet, euch alle, die ihr am Tag und in der Nacht im Leib eurer Mutter getötet wurdet und noch getötet werdet, damit ihr alle durch JESUS CHRISTUS zum ewigen Leben gelanget, (**Maria, Josef, Johannes**, Tagesheilige) taufe ich im Namen des VATERS und des SOHNES und des HEILIGEN GEISTES!“ ICH habe dich bei deinem Namen gerufen, MEIN bist du!“ (Is 43,1) „Singet dem HERRN ein neues Lied, denn Wunderbares hat ER vollbracht!“ (Ps 97,1) „Von den Taten DEINER Huld, HERR, will ich ewig singen!“ (Ps 88,1) Alleluja, Alleluja, Alleluja! O Liebe! O größte Liebe! O unendliche Liebe GOTTES! (P. Paul v. Moll) Alleluja! Alleluja! Alleluja! Vater unser... Gegrüßt seist du, Maria... Ehre sei dem Vater...“

Für theologische Wissenschaftler: neuer Aspekt der Begierde-Taufe

Nach diesen Gebetsworten sei noch erwähnt: Von **Alois Irlmaier**, dem Seher aus Freilassing, vor zirka fünfzig Jahren verstorben, wird berichtet, er habe angekündigt, nach dem „Abräumen“ werden als erstes die Gesetze aufgehoben, die den kleinen Kindern den Tod brachten. Er konnte damals noch nichts von einer legalisierten Abtreibung wissen.

Nachzulesen in **Stephan Berndt: Alois Irlmaier**. ISBN 978-3-941435-01-8, G. Reichel Verlag, D-91365 Weilersbach.

Mag. M. Schobesberger
A- 4690 Schwanenstadt

Anregung für eine Petition an den Nationalrat

Im Nationalrat ist jene Petition anhängig, deren Anlaß das skandalöse Stalking-Urteil von Graz vom 4. April 2011 war.

Das Oberlandesgericht Graz als Berufungsgericht hat dieses Urteil am 25. Oktober 2011 bestätigt, sodaß nun die vier Lebensschützer von HLI Österreich vorbestraft sind. Die mir vorliegende schriftliche Urteilsausfertigung bestätigt meinen von Anfang an gehegten Verdacht, daß hier ein Zusammenspiel von Justizministerium, Staatsanwaltschaft und „unabhängiger“ Richterschaft vorliegt mit dem abschaulichen Ziel, einen professionellen Kindestörer vor Unannehmlichkeiten zu schützen. Im nächsten PRO VITA-Heft werde ich den Nachweis für die Richtigkeit dieser meiner Beurteilung in

ausführlicher Form liefern. Bei dieser Aussendung geht es um folgendes:

Nachdem bis jetzt etwa 2.500 Freunde die Petition im Original unterschrieben haben und diese Unterschriften dem Nationalrat bereits vorliegen oder noch vorgelegt werden, und obwohl diese Original-Unterschriften für die verfassungsgemäße Behandlung notwendig sind, gibt es jetzt auch die Möglichkeit der elektronischen Unterstützung. Voraussetzung hierfür ist die Vollenendung des 16. Lebensjahres und die österreichische Staatsbürgerschaft. Dazu folgende praktische Hinweise: Wenn Sie „Parlament“ suchen und anklicken, erscheint in der rechten Spalte „online zustimmen“ und „Petitionen im Nationalrat“. Letzteres führt zu „Beteili-

gung...“ und „Petitionen“ und weiters unter dem Datum 7.12.2011 zu dieser Petition (die dort auch im Wortlaut nachgelesen werden kann).

Wenn Sie den erhobenen Daumen anklicken, erscheint das Formular für die Zustimmung, welches vielleicht etwas mühsam auszufüllen, was aber mit einiger Hartnäckigkeit zu schaffen ist. Ich kann Sie nur bitten, diese Mühe auf sich zu nehmen und dieses Email weiter zu verbreiten.

Sollte Ihnen die Sache inhaltlich nicht mehr geläufig sein: Unter www.provita.at können Sie das PRO VITA-Heft 3/2011 dazu nachlesen.

Abschließend noch ein Gedanke: Welche Wirkung diese Petition kurzfristig haben wird, läßt sich nicht sagen. Aber sicher werden sich unsere Kinder und Enkelkinder einmal fragen, welchen Widerstand wir gegen das heutige Unrechtsregime geleistet haben.

Dr. Alfons Adam
A- 3073 Stöcking

Österreich im Griff der Ratingagenturen?

Die hektischen Aktivitäten der Regierung zur Umsetzung einer Schuldenbremse und die ebenso kindischen wie unangebrachten Versuche der Opposition, daraus Kapital zu schlagen, sind fehlgeschlagen. Österreich mußte nun auch die offizielle Herabstufung auf AA+ hinnehmen. Wir bezahlen jedoch bereits seit vielen Monaten mit etwa dem Zweieinhalbfachen erheblich höhere Zinsen als das bis dato gleich bewertete Deutschland. Die Fachwelt hat die Herabstufung also schon vorweg genommen.

Die CP-Tirol kritisiert das Vorgehen der im Parlament vertretenen Parteien aus zwei Gründen: Die Handlungsweise der Regierung zur Sanierung des Staatshaushalts stieß mangels Strukturreformen auf wenig Glauben. Die SPÖ hat Einsparungen systematisch ab-

gelehnt und Steuererhöhungen gefordert – bei einer der höchsten Steuerquoten in Europa!

Auch die Opposition hat kläglich versagt, weil sie die Priorität beim politischen Kleingeld sah und Österreichs Interessen zugunsten fragwürdiger parteipolitischer Erfolge zurückgestellt hat. Regierung wie Opposition haben verloren. Die CP-Tirol sieht darin ihre Meinung zum wiederholten Mal bestätigt, daß die etablierten politischen Parteien abgewirtschaftet haben und neuen Kräften mit einer anderen, besseren moralischen und ethischen Einstellung Platz machen müssen. Der Dienst am Gemeinwohl hat verantwortungsvollere Aspekte als die Umsetzung parteipolitischer Präferenzen jeder Art.

Dr. Harald Marek
A- 6020 Innsbruck

Der einfache Weg für Laien

Die Vorschläge zur Überwindung der Fehlentwicklungen der letzten 40 Jahre können fast alle vergessen werden. Mancher Gläubige erkennt aber schon nur noch die Möglichkeit einer Hilfe in der Rückkehr zu den liturgischen Formen, wie sie bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil üblich waren und mit denen das Christentum in der ganzen Welt verbreitet wurde.

Leider bieten uns unsere Bischöfe aber immer noch keine Stille Heilige Messe am frühen Sonntagmorgen in der überlieferten göttlichen Liturgie. Jetzt kann sie aber jeder Gläubige im Sender K-TV am Sonntagmor-

gen um acht Uhr mit der Heiligen Messe der Petrusbruderschaft empfangen – über Satelliten-Schüssel. Dort kann er dann auch die heilige Kommunion als geistliche Kommunion, die zweite mögliche Form des Kommunionempfangs, praktizieren.

So legt jeder teilnehmende Gläubige alles zur Behebung der Fehlentwicklung in GOTTES Hand. Und GOTT findet dann einen viel besseren Weg zur Rettung unserer Kirche, wie wir gläubigen Menschen es uns überhaupt nur vorstellen können.

Martin Haverkamp
D-33613 Bielefeld.

Keine Pfarren mehr für die Priester in Wien?

Herr **Vielgrader** (Leserschreiber in Krone und Kurier) schreibt Folgendes:

Die Politik des Westens kann man beinahe schon als pervers und masochistisch bezeichnen, der Westen unterwirft sich dem Islam und läßt seine christlichen Brüder und Schwestern in Nigeria und in Ägypten im Stich! (Auch in Syrien wurden Christen ermordet!)

Wo ist **Schönborn**? Warum sagt er nichts? Ist er zu feige? Wo ist der großmäulige **Schüller**? Zieht sich **Schönborn** schon bald die Islamkutte an?

Und das schreibt Herr **Stephan Pestitschek**:

Seit Wochen wird über muslimische Randalierer und Demonstranten in Syrien berichtet. Immer sind die Randalierer, also die Angreifer die Armen – und noch immer wollen uns gewisse Medien weismachen, daß

nach dem Sturz des Diktators demokratische Zustände hergestellt und kein Gottesstaat errichtet wird. In sämtlichen Ländern, in denen es (meist mit Unterstützung der USA und der EU) zu einem Regimewechsel kam, kam es danach zu viel schlimmeren Gräueltaten als zuvor und überall übernahmen die Islamisten die Macht und stellten mittelalterliche Verhältnisse her. Anders ist die Berichterstattung über die Rebellen in Nigeria, die planmäßig einen Holocaust auf Christen durchführen. Darüber wird kaum berichtet – auch wenn an einem Tag über 160 Christen brutalst ermordet werden. Sind unsere Medien schon derart unter dem Einfluß des Islam, daß sie sich nicht mehr über die Gräueltaten der Muslime zu berichten trauen? Haben sie sich schon mit der Islamisierung Asiens, Afrikas

und Europas abgefunden, sodaß sie die Wahrheit verschweigen? Gerne berichten Medien über Völkermord und Kriegsverbrechen – über die Massenmorde an den Christen und die Vertreibung der Christen aber schweigen sie. Warum?

Favoriten in Wien:

Da ist also die Anzahl der Katholiken in Favoriten von 60 Prozent auf 37 Prozent geschrumpft. In anderen Gegenden wird es bald nicht anders sein, wenn die Entwicklung – weg vom Christentum, hin zum Islam – auf

diese Weise weitergeht. Was sollte daher die logische Schlußfolgerung sein, der sich auch unser Herr Kardinal und Mag. **Schüller** mit seiner Forderung nach Weiche von Frauen zur Behebung des Priestermangels nicht wird entziehen können? Daß es in absehbarer Zeit einen gewaltigen Priesterüberschuß geben wird, weil man sogar für die Priester, die man jetzt noch hat, keine Pfarren mehr finden wird.

Dr. Gerlinde Follrich de Aguinaga
gfollich@gmx.net

Eine Rechnung ohne Gott

Wie die Integration aussieht, das sehen wir ja in den islamischen Ländern, wie die Andersgläubige behandeln. Unsere Untergangstrategien helfen ihnen mit dem Recht auf Abtreibung und Beseitigung der Kreuze und der kruzifikaren Ordnung in unserem Staat. Aber sie haben die Rech-

nung ohne den Wirt (den da oben) gemacht und werden im Abgrund versinken im Kreuzzug der Endzeit: Kreuzzug nicht mit Gewalt und Terror, nein, mit Gerechtigkeit, Wahrheit und Solidarität.

Karl-Heinz Schepers
D-63538 Gr. Krotzenburg

Versuche statt Konzepten

Mit drei Pilotprojekten will der Verteidigungsminister nachweisen, daß das Bundesheer auch ohne Wehrpflicht auskommt. Aber Darabos' Vorgehen belegt einmal mehr nur das fehlende Gesamtkonzept. Die Pilotprojekte beweisen doch lediglich, daß diese Detailfragen lösbar sind, die prioritäre Grundsatzfrage hingegen wurde und wird gar nicht angesprochen. Aber genau hier muß angesetzt werden. Die CP-Tirol empfiehlt daher, zunächst zu klären, welche Aufgaben ein Österreichi-

ches Bundesheer im europäischen und internationalen Umfeld haben soll. Erst dann stellt sich auf Basis von Konzepten und Evaluierungen die Frage, ob ein Berufsheer oder eine allgemeine Wehrpflicht die bessere Lösung für unser Österreich darstellt. Diese Alternativen sind dann dem Volk zur Entscheidung vorzulegen. Die elementare Frage: Berufsheer oder Wehrpflicht darf nach Meinung der CP-Tirol nicht von Politikern getroffen werden.

Robert Lang
A - 6020 Innsbruck

Der gute Hirte

Folg' nicht dem Sirenenengesange, der die falsche „Freiheit“ preist, bleib' am Weg mit festem Gange, den ein guter Hirte weist.

Einer, der beherzt und g'rade – so wie einst ein Heiliger stritt, zu Maria am Gestade – wirrem Geist entgegnetritt.

Einer, der trotz Drohgebärde klar die wahren Übel nennt und nicht zuseht, wie die Herde blind in ihr Verderben rennt.

Hin zum Heile führt nur einer, der zur Einkehr mahnt und Pflicht, doch kein „Vogel Strauss“ und keiner, der beschwichtigt: „GOTT straft nicht!“.

Klemens Maria, A - 1010 Wien

Die EU wurde ohne Gott und dazu auf Sand gebaut

Wir brauchen Gott nicht in der Präambel der EU, so riefen es die 14 christlichen Vertreter im österreichischen Parlament den Politikern zu. Einzeln am Rednerpult traten sie an, das Chaos begann, man glaubte, es geht auch ohne GOTT flott.

Dies war am Beginn der EU, die Aufbruchstimmung war groß, man mauerte emsig am großen EU Haus, GOTT warf man hinaus, oh Graus, denn der Pleitegeier schwebte schon darüber.

Wer ohne GOTT baut, der hat auf Sand gebaut, den der Wind wegbläst, und die Häuser stürzen ein. Sind gewisse Personen in der Seele schon tot? Wo GOTT fehlt, da ist kein Segen, wer GOTT verworfen hat, schaufelt sich das eigene Grab.

Diktatorische Gesetze ganz ohne GOTT, die Schlinge zieht man immer enger, es ist bereits eine Art Religionskrieg, der Papst in Rom hat es mit den Seinen nicht leicht, bald wird es heißen: „ES REICHT!“

Herbert Weichselbraun, A- 9900 Lienz

Anmerkung zum löchrigen Rettungsschirm

Es ist ein bedauerlicher Zirkus, den unsere Regierungsparteien beim Aufspannen eines mit tausenden Löchern versehenen Rettungsschirms vorerzieren. Keiner der kleinen Bürger kann diesen Unfug eines im Verfassungsrang stehenden Entschuldungsgesetzes verstehen. Wir wissen nur, daß „wir“ die Luftlöcher nicht geschossen haben. Sondern auch kleine Bürger wurden durch dubiose Verkaufspraktiken ihres Ersparnis (Bausparbriefe bis Lebensversicherungen) durch angeblich bessere Anlageformen (Fonds und Aktien) um ihr Bargeld gebracht. Jene schweigen und getrauen sich ihre Täuschung weder am Biertisch noch sonst wo

(Partnern, Kindern) mitzuteilen.

Zorn, Depression sind dadurch entstanden. Wenn schon Krankenkassen und Pensionskassen so unser einbezahletes Geld vergeuden – was soll mit dieser Unverantwortlichkeit geschehen? Daß Kinder und Kindeskinde die Schulden der verspekulierten Luftsummen unserer Banken und deren Euroflops (durch Staatshaftung) in Barm zurückbekommen, das grenzt an Arroganz und Dummheit zugleich. Spekulationsgelder abzudecken und die Wirtschaft anzukurbeln, kann nur auf Wirtschaftsuniversitäten funktionieren. Die Praxis lehrt uns, daß handfeste Schritte getan werden müssen.

ORF-Kundenorientierung

Wie ich dem Artikel von **Michael Jeanne** aus der Samstagskrone vom 28. Jänner entnehmen mußte, haben die ORF Programmverantwortlichen (beziehungsweise Unverantwortlichen) dem sogenannten Bildungsauftrag des ORF wieder voll Rechnung getragen. Demzufolge lieben **Grissemann** und **Stermann**, die ich übrigens nicht kenne, da ich so wie viele Österreicher den ORF zwar nicht konsumiere aber zwangsläufig (noch) finanziell am Leben erhalten muß, folgendes von sich gegeben: „Wegen der ausufernden Austritte hat die Kirche nun beschlossen, statt den Rosenkränzen Würstkränze zu verteilen. Damit wenigstens noch ein paar Hunde die Messe besuchen.“ Mit solchen niveaulosen, herab-

würdigenden und lästerlichen Bemerkungen, wird GOTT selbst und werden Millionen Gläubige beleidigt. Einer dieser „Hunde“ die nach wie vor die Messe besuchen bin auch ich und für meinen Teil verbiete ich mir solche geistlosen und beleidigenden Ergüsse und würde mir in diesem Fall eine Entschuldigung bei den Millionen „Hunden“, welche ja den ORF zwangsfinanzieren müssen, erwarten. Eine eigenwillige Art von Kundenorientierung wird hier praktiziert, oder sind jemandem Unternehmen bekannt, die ihre Kunden und Zahler vorsätzlich beleidigen? Vielleicht probieren sie das einmal bei anderen Glaubensrichtungen aus!

Michael Huemer
A - 4481 Asten

beispielhaft. Die Freude, den Mut und Fleiß nicht zu zerstören, den sozialen Frieden absichern: das ist politische Aufgabe, meine Damen und Herren Politiker!

Das wünscht sich für 2012, ein der Heimat verbundener Österreicher und viele andere!

Josef Reisinger
A - 4292 Kefermarkt

Auf einer Karikatur in einer Zeitung sah man aus einer Bank einen Mann mit einer großen Geldtasche herausstürzen. Es war, dachte ich, sicherlich eine griechische Bank und ein griechischer Räuber. Oder?

Franz Lischka
A - 4722 Peuerbach

OSTERAKADEMIE KEVELAER 2012

Von 11.-14. April 2012

„Fürchte dich nicht, du kleine Herde“ (Lk 12,32)
Katholische Kirche in Deutschland zwischen Traditions- und Entscheidungskirche

Tagungsort: Priesterhaus Kevelaer (an der Gnadenkapelle)

Veranstalter: Kardinal-von-Galen-Kreis e.V. (im Forum Deutscher Katholiken)
Postfach 1103, 48692 Stadtlohn; Fax: 02563/905269; kvgk@kvjk.de

Programm

- Mi., 11. April (Anreise bis 15.00 Uhr, Kaffee)
 - 16.00 Eröffnungsandacht (Kerzenkapelle)
 - 16.30 Prof. Dr. **Lothar Roos** „Der Eine für die Vielen. Die Pastoral Jesu und die Neuevangelisierung heute“
- Do., 12. April
 - 9.15 **NN** „Missions- und Verkündigungsauftrag der Kirche: Katechesedefizite in Religionsunterricht, Bildungswerken und Predigtpraxis“
 - 10.45 Pfarrer **Uwe Winkel** „Strukturveränderungen: Soziologie und wirtschaftliche Modelle, ein ungeeigneter Weg für die Seelsorge“
 - Nachmittags Exkursion:
 - 14.00 Busfahrt nach Kalkar: Führung durch St. Nicolai unter fachkundiger Leitung von Herrn Prof. Dr. **Karl Helmer**. Bei ausreichender Zeit kurze Osterandacht
 - 16.45 Rückfahrt
- Fr., 13. April
 - 9.15 Prof. Dr. **Peter Bruns** „Kreuz unter dem Halbmond. Christliche Minderheiten im Islam“
 - 10.45 **Martin Lohmann** „Der Papst und „seine“ Kirche in Deutschland – Verweltlichung oder Entweltlichung?“
 - 15.45 PD Dr. **Klaus Obenauer** „Theologischer Ideolekt und defizitäre Katechese“
 - 17.00 Sr. **Marie Johanna Heggenberger** T.O.P. „Caterina von Siena – Beispiel eines Lebens der Verantwortung für die Kirche“
- Sa., 14. April
 - 9.30 Prof. Dr. **Wolfgang Ockenfels** „Die katholische Soziallehre – Leitfaden für eine gedeihliche Wirtschaftsordnung“

Übernachtung: Anmeldung im Priesterhaus

bitte direkt senden oder faxen an: Priesterhaus, Kapellenplatz 35. 47623 Kevelaer
Fax: 02832/9338111; R.Killich@wallfahrt-kevelaer.de

Vorname	Name
Straße/HNr.	PLZ/Ort
Gewünschte Zimmerkategorie : (bitte unterstreichen)	mit Dusche und WC*: EZ • 44,- DZ • 40,- mit WC: EZ • 40,- DZ • 38,- mit Waschgelegenheit: EZ • 38,- im Dreibettzimmer mit Dusche/WC: pro Person • 34,-

*nur begrenzt vorhanden, Reihenfolge der Anmeldungen entscheidet
Die Preise verstehen sich pro Tag und Person als Vollpensionspreise.
Ich bin/ Wir sind/ damit einverstanden, daß das Priesterhaus meine/unsere Anmeldung in anderen Hotels/Pensionen (ca. • 45-50) bucht, wenn die Zimmer dort belegt sind. Die Mahlzeiten sind im Priesterhaus (außer Frühstück). Hotelkosten sind im Hotel zu zahlen.

Ort/Datum: _____ Unterschrift: _____

Tagungskosten und Anmeldung

Bitte beachten Sie die Anmeldeformalitäten!

Die Anmeldung beim Kardinal-von-Galen-Kreis e.V. erfolgt durch Überweisung der Tagungskosten.

Tagungsbeitrag:

- Einzelpersonen • 30,-
- Ehepaare • 50,
- Schüler/Studenten/Arbeitslose • 15,-
- Buskosten pro Person • 7,-

Tagungs- und Buskosten: •

Überweisen Sie bitte Tagungsbeitrag (und Buskosten, wenn Sie an der Exkursion teilnehmen) auf das Konto des Kardinal-von-Galen-Kreis e.V.: Nr. 15 233 800 bei der Darlehnskasse Münster, BLZ 400 602 65.

Anmeldeschluß:

Sa., 31. März 2012 (Eingang der Überweisung auf dem Konto des Kardinal-von-Galen-Kreis e.V.)

Bitte vermerken Sie auf dem Überweisungsträger deutlich Namen und Wohnort mit Postleitzahl.

Aus- und Weiterbildung in der Kirche

Kardinal **Antonio Canizares** empfiehlt die „kniende Mundkommunion“:

Der Präfekt der Liturgiekongregation: „Ich glaube, daß es für die ganze Kirche notwendig ist, die Kommunion auf Knien zu empfangen.“

„Es ist empfehlenswert, daß die Gläubigen die Kommunion in den Mund und auf Knien empfangen.“ Das sagte jedenfalls Kardinal **Antonio Canizares Llovera**, Präfekt der päpstlichen Kongregation für Gottesdienst und Sakramentenordnung.

Auf gegenwärtige liturgische Mißbräuche angesprochen, erwiderte der Kardinal, daß es notwendig sei, „sie zu korrigieren, vor allem durch eine gute Ausbildung: Ausbildung der Seminaristen, Ausbildung der Priester, Ausbildung der Katecheten, Ausbildung aller gläubigen Christen“.

Herta Zahner
D- 92648 Vohenstrauß

Vorträge im Neuen Klub

Mittwoch, 29. Feber,
19 Uhr,
Linz, Klosterhof, 1.Stock,
Landstraße 30 Linzerstube
(vormals Jagdzimmer):
Dipl.-Ing.

Ekkehard Kubasta:
Die rasenden Ofenrohre – eine Erfindung deutscher Kriegsgefangener zur Uranisotopentrennung für die Sowjetunion macht bis heute Weltgeschichte.

Mittwoch, 21. März,
19 Uhr,
Linz, Klosterhof, 1.Stock,
Landstraße 30 Linzerstube
(vormals Jagdzimmer)
Dr. **Eva Barki:**
Ungarn und die EU

Bemerkung zur Werbung für die Erotikmesse

Als Jungendlicher finde ich die Werbung für die Erotikmesse, die mir an allen Ecken und Enden und nun sogar auch in der Kleinen Zeitung begegnet, wirklich schrecklich.

Warum passieren denn die vielen Mißbrauchsfälle? Das hat sicherlich auch damit zu tun. Ich denke,

daß da junge, hübsche Frauen als Ware hingestellt werden. Wer möchte denn seine Mutter, Ehefrau und Töchter als Ware hinstellen lassen?

Das muß doch schrecklich sein, oder?

Wolfgang Graupp
18 Jahre alt
A- 8472 Vogau



Ich abonniere die Zeitung „Der 13.“

zum jährlichen Preis von 24 Euro in Österreich; 24 Euro in Deutschland; sfr 44 in der Schweiz; (inklusive MWSt. und Postporto). Senden Sie mir bitte einen Zahlschein zu. Bei etwaiger Einstellung der Publikation gibt es kein Recht auf Rückerstattung einbezahlter Beträge.

<i>Für mich selbst:</i>		<i>Als Geschenk für:</i>	
		<i>Es bezahlt:</i>	
<i>Unterschrift</i>			

INITIATIVE KATHOLISCHER CHRISTEN / Wien

Die Krise der Gesellschaft – das Ende der Spaßgesellschaft

Samstag, 24. März 2012, 18 Uhr

Referent: Dipl.- Ing. Dr. **Felix Bentz**, Brunnenthal bei Schärding**Themen, Übersicht:**

- Der Weltuntergang und seine „Generalproben“
- Hinweise der Heiligen Schrift
- Umweltprobleme als Kennzeichen unserer Zeit
- Das Sterben des Bauernstandes
- Klontechnik, Massenvernichtungswaffen, Zerstörung der kleinen Einheiten
- Zeitalter der Ideologien
- Krise der Politik, Mediendiktatur, „Kunst“
- Zerstörung der Familie und der Moral
- Mord an Ungeborenen, Alten und Kranken
- Islam und Isalmismus
- Beziehung zwischen Gesellschaft- und Kirchenkrise
- Hoffnung und Heilmittel

Pfarre Rudolfsheim,1150 Wien, Meiselstr. 1
(U3, Haltest. Johnstrasse)**Referent:**Dipl.- Ing. Dr. **Felix Bentz**
Geb. 1932, Linz, wohnhaft bei Schärding, Oberösterreich
Studium der Forstwirtschaft an der Universität für Bodenkultur**Wer sich heute mit dem Zeitgeist verheiratet, ist morgen Witwer. Sören Kierkegaard**

INITIATIVE KATHOLISCHER CHRISTEN / Südtirol

Die Krise in der Kirche – Hoffnung und Heilmittel

Mittwoch, 29. Februar 2012, 19 Uhr

Referent: Dipl.- Ing. Dr. **Felix Bentz**, Brunnenthal bei Schärding

Ort: Gasthof Cascade (nahe der Kollerer Seilbahn)

Innsbrucker Str.11 (KampiII), Bozen, Südtirol

Das Thema: Die Krise in der Kirche steht im Zusammenhang mit der aktuellen Gesellschaftskrise. Analyse der Situation. Heilmittel zur Behebung der Krise.**Nächster****Erscheinungstermin**

Die nächste Ausgabe der Zeitung „Der 13.“ wird voraussichtlich am 8. März 2012 gedruckt und in Österreich noch am gleichen Tag ausgeliefert. Für die deutschen Abonnenten erfolgt die Anlieferung zur Post in Wegscheid voraussichtlich am 9. März 2012.

Helfen Sie bitte mit, noch mehr Leser und Abonnenten für den „13.“ zu gewinnen. Durch bessere Information der Menschen können wir die Meinung in Kirche, Staat und Gesellschaft ändern.

Falls keine Briefmarke zur Hand, Porto beim Empfänger einheben

An die Redaktion der Zeitung „Der 13.“



A-4115 Kleinzell Nr. 2

Impressum:**Eigentümer:**

Albert-Engelmann-Gesellschaft m.b.H.

Herausgeber: Dr Friedrich Engelmann

Postzustelladresse: A- 4115 Kleinzell 2

Email: office@der13.com

homepage: www.der13.com

Telefon: 07282 5797

Fax: 07282 5797 -13 oder -33

D- 94108 Wegscheid, Postfach 75

Druck:OÖN Druckzentrum GmbH & Co KG
4010 Linz, Promenade 23**Erscheinungsort:**

4150 Rohrbach

Verlagspostämter:D- 94110 Wegscheid, A- 4115 Kleinzell
A- 4020 Linz**Jahresabo:** 24 Euro in Österreich und EU-Raum; sfr 44 in der Schweiz;

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Fotos etc. wird keine Haftung übernommen. Bei

Einstellung der Zeitung kein Recht auf

Rückstattung einbezahlter Abonnementbeträge.

Gerichts- und Klageort Linz

Bankverbindungen:

Oberbank, Linz, BLZ 15.000,

Kto.-Nr. 721049948

Europa Standard-Überweisung:

SWIFT: OBKLAT2L

IBAN: AT19150000721049948;

Sparkasse Passau, BLZ 740 500 00,

Kto.-Nr. 6569;

Credit Suisse, 8070 Zürich,

Kto.-Nr. 4835-579529-91

Grundlegende Richtung:

Römisch-katholisch